



Ausarbeitung

Eliten Deutschlands und deren Verhältnis zur Bundeswehr – Eine Untersuchung von Intellektuellen, Gewerkschaften und Kirchen



Eliten Deutschlands und deren Verhältnis zur Bundeswehr – Eine Untersuchung von Intellektuellen, Gewerkschaften und Kirchen

Verfasser: [REDACTED] (WD 2); [REDACTED]
(WD 1)
Ausarbeitung: WD 2 – 3000 – 098/09, WD 1 – 3000 – 158/09
Abschluss der Arbeit: 17. November 2009
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: [REDACTED]
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Telefon: [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	4
2. Intellektuelle und Bundeswehr	4
2.1. Begriff und Typen des Intellektuellen	4
2.2. Historisch-soziologische Ursachen für Vorbehalte von Intellektuellen gegenüber dem Militär	7
2.3. Historisch-soziologische Anknüpfungspunkte für ein neues Verhältnis zwischen Intellektuellen und Bundeswehr	10
2.4. Detailanalysen zur Auseinandersetzung der Intellektuellen mit dem Kosovo-Krieg und dem ISAF-Einsatz	14
2.5. Grenzen im Verhältnis von Intellektuellen und Soldaten	23
2.6. Zusammenfassung	26
3. Gewerkschaften und Bundeswehr	29
3.1. Einleitung	29
3.2. Das Ende der Feindschaft in den 60er Jahren	29
3.3. Neue sicherheitspolitische Fronten	35
3.4. Zusammenfassung	38
4. Kirchen und Bundeswehr	42
4.1. Einleitung	42
4.2. Das politische Christentum 1955-1990	42
4.3. Das politische Christentum 1991-2009	46
4.4. Die Militärseelsorge als Bindeglied	50
4.5. Zusammenfassung	52
5. Schlussbemerkungen	55

1. Einleitung

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, weist seit einigen Monaten öffentlich darauf hin, dass die Soldaten der Bundeswehr mehr Anerkennung und Zuwendung benötigten. Er wandte sich mit seinem Appell an die gesellschaftlichen Eliten wie beispielsweise die „intellektuelle Welt“. Bis heute, so Robbe, gäbe es keinen vernünftigen Dialog zwischen Autoren, Literaten und Filmemachern und den Angehörigen der Streitkräfte.¹ Später richtete er diesen Appell auch an die Kirchen und Gewerkschaften.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich Intellektuelle, Gewerkschaften und Kirchen in die sicherheitspolitische Debatte einbringen, wie sie mit Soldaten kommunizieren und welche Anerkennung und Zuwendung sie diesen entgegenbringen.

2. Intellektuelle und Bundeswehr

2.1. Begriff und Typen des Intellektuellen

Wer sind diese Intellektuellen, die der Wehrbeauftragte anspricht? Intellektuelle sind, so Wolfgang Fritz Haug, Menschen, die Stellung zu allgemeinen Fragen von politischer oder allgemein

¹ Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, im Interview mit dem Parlamentsfernsehen am 8. Mai 2009. Siehe auch das Sonntags-Interview in der Berliner Zeitung, Militär-Experte fordert: Mehr Männer zum Bund, 5. April 2009: „Was die Soldatinnen und Soldaten aber auch beklagen, ist der Mangel an moralischer Unterstützung aus der Bevölkerung. (...) Die intellektuelle Elite Deutschlands beispielsweise meidet die Bundeswehr. (...) Schriftsteller, Schauspieler, Musiker und andere Künstler sollten die Bundeswehr entdecken, den Weg zur Kaserne und besonders zu den Soldaten im Einsatz finden“. Der Wehrbeauftragte hat diesen Appell im Rahmen des Feierlichen Gelöbnisses am 20. Juli 2009 wiederholt. Auch Bundespräsident Köhler, der im Jahre 2005 auf das „freundliche Desinteresse“ der Deutschen gegenüber der Bundeswehr und ihren Soldaten hinwies, sagte während der Einweihung des „Ehrenmals der Bundeswehr“ am 8. September 2009 folgende Worte: „Ich wünsche mir darüber (die Einsätze der Bundeswehr; ■■■■) eine öffentliche Debatte, die aber zugleich geprägt ist von Anteilnahme und Respekt, von Sorge und Anerkennung für die Bundeswehr und ihren Dienst. Dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht entziehen.“ (http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2009/09/94-1-bpr-ehrenmal.html) (Stand: 02.11.2009)

menschlicher Tragweite nehmen. Sie müssen **nicht notwendigerweise Akademiker** sein, auch wenn viele eine universitäre Bildung besitzen.² Sie sind allerdings **keinesfalls mit Experten gleichzusetzen**, wie Haug betont: Intellektuelle „... sind keine Experten, die zahlenden Auftraggebern fachspezifische Einschätzungen in der Art von Gutachten liefern. Im Gegenteil, sie stören die Expertokratie.“³ In unserer modernen Wissensgesellschaft und Mediendemokratie haben Experten viel Aufmerksamkeit gewonnen. Das mag einer der Gründe dafür sein, weshalb nach verbreiteter Ansicht die Intellektuellen im gesellschaftlichen Diskurs mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Andererseits liegt hierin einer der Gründe für die gestiegene gesellschaftliche Relevanz von Intellektuellen. Carrier und Roggenhofer erklären dies so: „Intellektuelle bilden das erforderliche Gegengewicht zum Experten und verdeutlichen durch ihre begründete Kritik und ihr Eintreten für die Belange menschlicher Lebensführung, dass Fachurteile bei solchen Fragen nicht das letzte Wort sind. Statt auf Expertise stützen sich Intellektuelle auf praktische Klugheit und Urteilskraft; sie verstehen es, einen gewissen Abstand zum täglichen Betrieb zu bewahren und urteilen, kritisieren und entlarven aus der Distanz.“⁴

Nach einer **Definition** von Martin Carrier können Intellektuelle mit fünf Merkmalen charakterisiert werden: „(1) Intellektuelle melden sich in einer Angelegenheit von öffentlicher Bedeutung zu Wort. (2) Die Beiträge von Intellektuellen richten sich an die breite Öffentlichkeit – auch wenn sie faktisch unter Umständen nur von einer Bildungselite rezipiert werden. Ihre Äußerungen erscheinen nicht in der Fachpresse, sondern in den Massenmedien. (3) Intellektuelle ergreifen Partei, sie stehen für eine Sache ein. (4) Dabei engagieren sie sich im Namen eines überpersönlichen Anliegens oder treten für ein Vorhaben mit universellem Anspruch ein, etwa eine bestimmte Weltsicht, eine Werthaltung oder das Wohl einer großen Zahl von Menschen. Die Verfolgung von Einzelinteressen ohne Bezug auf übergreifende Werte oder verallgemeinerungsfähige Ziele ist nicht Gegenstand intellektuellen Engagements. (5) Beiträge von Intellektuellen besitzen intellektuelle Qualitäten. Es handelt sich um Überlegungen von grundsätzlicher Tragweite, die sich durch ein hohes Niveau der Argumentation und Begründung oder durch rhetorische Brillanz auszeichnen.“⁵

² Haug, Wolfgang Fritz, Zur Frage nach der Gestalt des engagierten Intellektuellen. In: Das Argument 280, 51. Jg. (2009), H. 1/2, S. 47.

³ Haug, a.a.O., S. 48.

⁴ Carrier, Martin, Roggenhofer, Johannes, Vorbemerkung. In: Carrier, Martin, Roggenhofer, Johannes (Hrsg.), Wandel oder Niedergang? Die Rolle der Intellektuellen in der Wissensgesellschaft, Bielefeld 2007, S. 8.

⁵ Carrier, S. 23f.

In modernen Gesellschaften existieren durchaus **unterschiedliche Intellektuentypen**. Der „**klassische Intellektuelle**“ könnte gewissermaßen als der Urtypus bezeichnet werden. Beispiele dafür sind Voltaire, Zola und Sartre. Dieser Typ mischt sich in Tagesgeschäfte ein, kritisiert die bestehenden Mächte und Machtverhältnisse und wendet sich an die Öffentlichkeit⁶, um die Umsetzung anerkannter ethischer Werte und Verpflichtungen anzumahnen. Der Rekurs auf das eigene Gewissen verbindet hier Intellektualität mit hoher Authentizität. Nicht selten bedient er sich der rhetorischen Mittel von Häme und Spott („cum ira et studio“). Diese Form der „Großdenker“ sei heute, so urteilen Soziologen, im Schwinden begriffen.⁷

Den „**kritischen Intellektuellen**“ geht es um die „... Verbesserung der Lebensbedingungen“ und „... ein würdiges Leben für alle...“.⁸ Sie ergreifen engagiert Partei für eine bestimmte Sache. Ihre Intervention ist wissenschaftlich fundiert und stellt Werte in den Vordergrund. Ein Beispiel dafür ist der Philosoph Jürgen Habermas, der sich selbst strikt von den Experten abgrenzt, wie Carrier erläutert: „Experten haben mit Tatsachen zu tun, Intellektuelle mit Werten. Experten klären darüber auf, welche Szenarien realistisch sind, Intellektuelle erörtern deren Folgen für die menschliche Kultur. Experten klären die Interventionsspielräume, Intellektuelle untersuchen die ethischen Grenzen. Intellektuelle nehmen also ihren Ausgang von den Szenarien der Experten und klopfen diese auf ihren Wertgehalt ab. Intellektuelle steuern keine Informationen zum Sachstand bei, sondern erörtern Weltsichten, Zukunftsentwürfe und Zielvorstellungen.“⁹

Daneben existiert der Intellektuentypus des „**engagierten Beobachters**“. Ralf Dahrendorf bezeichnet sie als „Leuchttürme der Vernunft und der Freiheit in einer von Unvernunft und Illiberalität versuchbaren Welt“.¹⁰ Deren Beiträge zum gesellschaftlichen Diskurs enthalten immer auch eine Begründung ihres eigenen Standpunkts, um so die Rationalität zu erhöhen und die eigenen geistigen Voraussetzungen aufzuklären. Darüber hinaus wahren sie eine Distanz zu ihrem Gegenstand. Sie verbinden das „... bewusste Engagement in den brennenden Fragen von Zeiten der Prüfung mit der Fähigkeit ..., zu diesen doch immer die Distanz des nachdenklichen

⁶ Siehe dazu auch Lepsius, M. Rainer, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg (1964), S. 76-79. Zur Fragmentierung der Öffentlichkeit aufgrund der Breite des Medienangebots und den reduzierten Möglichkeiten von Intellektuellen, auf die breite Öffentlichkeit zu wirken, siehe Carrier, S. 28, Habermas 2006.

⁷ Carrier, S. 28.

⁸ Stephen Gill, befragt von Ingar Solty, Kritische Intellektuelle im 21. Jahrhundert. In: Das Argument 280/2009, S. 135.

⁹ Carrier, a.a.O., S. 27

¹⁰ Dahrendorf, Ralf, Engagierte Beobachter. Die Intellektuellen und die Versuchungen der Zeit, S. 28.

Beobachters aufrechtzuerhalten“.¹¹ Sie dürfen also niemals so engagiert sein, dass sie aufhören, Beobachter zu sein. Da sie nicht parteilich gebunden sind, können sie das Unsagbare sagen und Debatten beleben. Erasmus von Rotterdam gilt als der Idealtypus, der im angelsächsischen Bereich besonders durch Karl Raimund Popper und Issiah Berlin repräsentiert gewesen sei.

Trotz der Abgrenzung der Intellektuellen von den Experten gibt es auch den Mischtypus des „**Expertenintellektuellen**“. Dieser ist der wissenschaftsgestützte Intellektuelle, bei dem der wissenschaftliche Sachverstand die Grundlage seines Engagements bildet.¹² Er zeichnet sich weniger durch Radikalität, Distanzierung und Skepsis als vielmehr durch Hinwendung zu konstruktiven Gegenentwürfen aus pragmatischem Geiste aus.¹³ Expertenintellektuellen sind wohl vor allem in wissenschaftlichen Stiftungen bzw. *think tanks* zu finden.

2.2. Historisch-soziologische Ursachen für Vorbehalte von Intellektuellen gegenüber dem Militär

Es gibt einige Gründe, die es Intellektuellen nahelegen könnten, Vorsicht bei der Thematisierung sicherheitspolitischer Fragen walten zu lassen und von Bestrebungen, die Leistungen von Soldaten im Einsatz anzuerkennen, Abstand zu nehmen. Dazu gehört zum einen die Vergangenheit des eigenen Stands. So hat die geschichtswissenschaftliche Forschung den aktiven Beitrag von Intellektuellen zur **Kriegsbegeisterung und –verherrlichung** im I. Weltkrieg („Flottenpropaganda“¹⁴; „Aufruf der 93“¹⁵) sowie deren Verstrickung in die im deutschen Namen begangenen Verbrechen des II. Weltkriegs gründlich rekonstruiert. Dabei kamen auch vielfältige Beispiele für den Missbrauch geistig-künstlerischer Produkte durch Politik und Militär für Zwecke der Kriegsvorberei-

¹¹ Dahrendorf, a.a.O., S. 12.

¹² Carrier, a.a.O., S. 24.

¹³ Carrier, a.a.O., S. 30.

¹⁴ Siehe dazu im einzelnen Bruch, Rüdiger vom, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914), Husum 1980, S. 66-91. Zur Rolle der Philosophen als „geistige Führer der Nation“ siehe Flasch, Kurt, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2000, S. 7.

¹⁵ Der Aufruf der 93 deutschen Schriftsteller, Gelehrten und Künstler erschien am 4. Oktober 1914 und rief im Namen der deutschen Kultur zum Kampf auf. Siehe dazu (http://www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_154/mid_12208/40208772/Default.aspx) (Stand 23.06.2009).

tung und –führung ans Tageslicht.¹⁶ Intellektuelle könnten für sich daraus schlussfolgern, zu allem Militärischen zumindest eine kritische Distanz zu wahren.

Zum anderen verstanden sich Intellektuelle und Militärs über weite Phasen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als „**Gegenkulturen**“.¹⁷ Zuletzt kam dies in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zum Vorschein, als Intellektuelle massive Kritik an der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Ausrichtung der Bundeswehr übten und dabei auch das kulturelle Innenleben der Streitkräfte, wie z.B. ihr Traditions- und Erziehungsverständnis, als reaktionäres Gegenstück zur demokratischen Gesellschaft hinstellten. Einige Soldaten fühlten sich dadurch persönlich angegriffen¹⁸ und sahen bisweilen sogar den parlamentarischen und gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr in Frage gestellt. Ein weiterer Nebeneffekt der Haltung der Intellektuellen war die zunehmende Politisierung von Soldaten, was aus Sicht der militärischen Führung den Zusammenhalt schwächen sowie Loyalitätskonflikte herbeiführen konnte.¹⁹ Zu den Spannungen zwischen Intellektuellen und Militärs trugen nicht zuletzt solche militärkritischen Intellektuellen bei, die im Dienst der Bundeswehr standen, wie z.B. Wissenschaftler und Dozenten des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr sowie der Führungsakademie der Bundeswehr.²⁰ Die politische Leitung und militärische Führung der Bundeswehr verhängte in einigen Fällen Veröffentlichungsverbote, was den Vorwurf, das Militär sei eine Gegenkultur, eher untermauerte.

Anstelle dieser mentalitätsgeschichtlich verfestigten Unterschiede zwischen der intellektuellen und militärischen Welt könnte der ausbleibende Dialog durchaus auch weniger dramatische Ursachen haben. Dass in den letzten zwanzig Jahren sicherheitspolitische und militärische Themen **kaum Interesse in der breiten Öffentlichkeit** fanden, ist für den Historiker Michael Wolffsohn

¹⁶ Siehe dazu die Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.), Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996.

¹⁷ Kutz, Martin, Deutsche Soldaten, Wiesbaden 2006.

¹⁸ Bredow, Wilfried von, Demokratie und Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2002, H. 2-3, S. 88.

¹⁹ Siehe dazu Bald, Detlef, 50 Jahre Bundeswehr, München 2005.

²⁰ Dazu zählen etwa Rudolf Hamann, Martin Kutz, Wolfgang R. Vogt. Exemplarisch für die Vielzahl der Veröffentlichungen aus den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts seien hier aufgeführt: Hamann, Rudolf, Armee im Abseits, Hamburg 1972; Kutz, Martin, Reform und Restauration der Offizierausbildung der Bundeswehr. Strukturen und Konzeptionen der Offizierausbildung im Widerstreit militärischer und politischer Interessen, Baden-Baden 1982; Vogt, Wolfgang R., Das Theorem der Inkompatibilität. Zur Unvereinbarkeit von atomarer Militärgewalt und fortgeschrittener Gesellschaft. In: Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimationskrise, Baden-Baden 1983, S. 21-57.

wenig erstaunlich, da Deutschland im Unterschied zu den USA, Großbritannien, Frankreich und vor allem zu Israel über 60 Jahre Frieden genossen habe.²¹ Und wenn das Interesse an sicherheitspolitischen Themen in der Öffentlichkeit nicht gegeben ist, dann, so könnte man aus der o.a. Definition des Intellektuellen von Haug schlussfolgern, macht es auch für den Intellektuellen wenig Sinn, solche Themen aufzugreifen. Zudem führe die Fragmentierung der Medien dazu, dass es *die* Kontroverse, die alle (zumindest in den gebildeten Kreisen) in ihren Bann zieht,²² wie beispielsweise der „Historikerstreit“ in den 80er Jahren, so heute nicht mehr gibt.

Schließlich könnte der ausbleibende Dialog auch durch **Veränderungen innerhalb der Gruppen der Intellektuellen und Soldaten** begründet sein. Bei den gesellschaftlichen Erwartungen an Intellektuelle zeichnet sich ein Trend ab, den Carrier und Roggenhofer folgendermaßen zusammenfassen: „Vom personifizierten Gewissen der Gesellschaft wandelt sich die Rolle des Intellektuellen zum wissenschaftsbasierten Ratgeber und Kritiker.“²³ Während der Intellektuelle sich früher dadurch auszeichnete, dass ihm die „... direkte Verantwortlichkeit für praktische Dinge...“²⁴ fehlte, würde ihm heute mehr die Rolle des Beraters zugesprochen, der aus der Sicht des Verantwortlichen berät. Die Wahrnehmung dieser Rolle erfolge weniger in den großen Tageszeitungen als vielmehr in Studien und Expertisen, deren Leser eher Fachkreisen entstammen. Zeitgleich zeichnet sich bei den Bundeswehrsoldaten ein Trend zur Professionalisierung ab. Die Belastungen durch die Auslandseinsätze sowie die Fokussierung auf eine möglichst effiziente Auftragerfüllung, die nicht zuletzt aufgrund der Unterfinanzierung der Bundeswehr erforderlich wurde, könnte vor allem bei der militärischen Elite zu einer deutlichen Reduzierung ihres gesellschaftlichen Engagements geführt haben. Neben dem Historiker Klaus Naumann, der darauf hinweist, dass die Militärelite sich seit 1991 mit öffentlichen Äußerungen zurückhält, hat neuerdings der katholische Militärbischof Walter Mixa gefordert, dass die Soldaten sich stärker an der gesellschaftlichen Debatte über sicherheitspolitische Fragen beteiligen sollten.²⁵

²¹ Wolffsohn, Michael, Dichter, Denker und Soldaten. In: Die Welt vom 3. April 2009.

²² Fragmentierung könnte aber auch positive Begleiterscheinungen haben. Die Wahrscheinlichkeit, Themen zu platzieren, ist dadurch gestiegen – mit dem Nachteil, dann nicht mehr die gesamte Öffentlichkeit zu erreichen.

²³ Carrier, Martin, Roggenhofer, Johannes, a.a.O., S. 10f.

²⁴ Lepsius, M. Rainer, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg. (1964), S. 81.

²⁵ Naumann, Klaus, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008, S. 48-89; Mixa, Walther, Gesellschaft und Bundeswehr – Parallele Welten? Vortrag anlässlich des Truppenbesuchs am Zentrum Innere Führung in Koblenz am 11. Februar 2009

2.3 Historisch-soziologische Anknüpfungspunkte für ein neues Verhältnis zwischen Intellektuellen und Bundeswehr

Neben den möglicherweise tief im geschichtlichen Bewusstsein verwurzelten Hemmnissen für eine unbefangene Beschäftigung der Intellektuellen mit dem Thema Militär und Soldat gibt es auch **ermutigende historische Anknüpfungspunkte** für die von Reinhold Robbe geforderte Auseinandersetzung, die in der breiten Öffentlichkeit nur wenig bekannt sind. So steht die Auffassung, Intellektuelle und Soldaten bildeten „kulturelle Gegenwelten“, in einem augenfälligen Widerspruch zur Führungsphilosophie der Inneren Führung und dem daraus abgeleiteten Traditionsverständnis der Bundeswehr. Danach gehört der Dialog mit Intellektuellen zum Selbstverständnis des „Staatsbürgers in Uniform“ und bildet ein ganz wesentliches Element der gesellschaftlichen Verankerung des Soldaten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurden die preußischen Staats- und Heeresreform sowie die Aufbauphase der Bundeswehr, die beispielhaft sind für den kritisch-konstruktiven Dialog zwischen Intellektuellen und Soldaten, als zentrale Säulen des Traditionsverständnisses der Bundeswehr ausgewählt.

Für die preußische Staats- und Heeresreform sei die von Gerhard von Scharnhorst als Forum für den zivil-militärischen Dialog gegründete „**Militärische Gesellschaft**“²⁶ angeführt. Carl von Clausewitz' Buch „**Vom Kriege**“ verdeutlicht, wie intensiv sich ein preußischer General mit den intellektuellen Strömungen seiner Zeit auseinandersetzte und wie stark er dabei auf die Gedanken von Kant, Schleiermacher und Humboldt zurückgreifen konnte.²⁷ Die gegenseitige Inspirierung von philosophisch-literarischem Geist und militärischer Macht hat der Pädagoge Erich Weniger in seinem erstmalig 1942 und dann 1959 erneut aufgelegten Buch „**Goethe und die Generale**“ beschrieben.²⁸ Darin versuchte Weniger nachzuweisen, dass Goethe eine erstaunlich hohe Anteilnahme an militärstrategischen Herausforderungen zeigte²⁹ und gegenüber den Freiheitskrie-

(http://www.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLN3KPNzQJ9gZJQjnmfvqRCPGglFR9X4_83FR9b_0A_YLciHJHR0VFAC_ss7w!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMkdfMTRTSw!!?yw_contentURL=%2F01DB090300000001%2FW27P8GV2164INFODE%2Fcontent.jsp) (Stand: 30.10.2009).

²⁶ Siehe dazu White, Charles Edward: *The enlightened soldier - Scharnhorst and the Militärische Gesellschaft in Berlin, 1801–1805*, New York 1989; *Denkwürdigkeiten der Militärischen Gesellschaft in Berlin* (5 Bde.), Berlin 1802–1805; Neuausgabe mit einer Einleitung von Joachim Niemeyer, Biblio-Verlag, Osnabrück 1985.

²⁷ Siehe dazu im Einzelnen: Hartmann, Uwe, Carl von Clausewitz, Landsberg a.L. 1998.

²⁸ Weniger, Erich, *Goethe und die Generale der Freiheitskriege*, Stuttgart 1959.

²⁹ Weniger, a.a.O., S. 79.

gen positiv (wenn auch bzgl. der Wahrscheinlichkeit eines positiven Ausgangs eher skeptisch) eingestellt war. Gleichzeitig sollte dieses Buch den Idealtypus des gebildeten Offiziers darstellen, der die Nähe zu Intellektuellen sucht und sich von diesen inspirieren lässt.

Eine solche Synthese von Geist und Macht gab es auch in der Anfangsphase der **Neuaufstellung deutscher Streitkräfte** zu Beginn der 50er Jahre. Die Bundeswehr sollte sich „radikal“ von Reichswehr und Wehrmacht unterscheiden, wie es in ihrem Gründungsdokument, der „Himmeroder Denkschrift“, bezeichnet wurde. Trotz der politisch gewollten Westbindung Deutschlands wurden die zivil-militärischen Beziehungen allerdings nicht nach dem Beispiel der USA oder Großbritanniens gestaltet, sondern nach dem Vorbild der preußischen Heeresreformen. Das implizierte vor allem: Vermeidung einer sozialen Sonderstellung des Soldaten und seine Verankerung in der Mitte der Gesellschaft; Förderung des öffentlichen Interesses an den Streitkräften; und eine umfassende politisch-historische Bildung der Soldaten. Damit blieb der Aufbau der Bundeswehr der Tradition der „Deutschen Bewegung“ verhaftet, die sich kulturell durchaus im Unterschied zur angelsächsischen Welt verstand.³⁰ Die Gründer der Bundeswehr haben damals vielfältige Foren für die „**geistige Integration**“ geschaffen: Diskussionsforen, wie z.B. die Siegburger Gespräche³¹, und Veröffentlichungsforen, wie z.B. die sechsbändige Buchreihe „Schicksalsfragen deutscher Gegenwart“³², an der sich zahlreiche namhafte Autoren beteiligten.

Neben diesen historischen Ermutigungen gibt es gegenwärtig **erste Anzeichen** für eine Wiederaufnahme des intellektuellen Diskurses zu sicherheitspolitischen und militärischen Themen. Am 4. Februar 2009 strahlte die ARD den Film „Willkommen zuhause“ zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr aus, mit dem der Drehbuchautor Christian Pfannenschmidt auf das Phänomen der Traumatisierung³³ von Soldaten im Einsatz aufmerksam machte. Der Film zeigte, wie es zu psychischen Störungen und Traumata kommt, und welche quälenden Auswirkungen diese auf den Betroffenen und seine Mitmenschen haben. Der Krieg, auch wenn er weit entfernt stattfand, kehrt

³⁰ Siehe dazu Nohl, Herman, Die Deutsche Bewegung, Göttingen 1970.

³¹ Zu den Siegburger Gesprächen, die von 1952-1953 stattfanden und die der Ausarbeitung des Konzepts der Inneren Führung dienten, siehe Hartmann, Uwe, Erziehung von Erwachsenen als Problem pädagogischer Theorie und Praxis, Frankfurt/M. 1994, S. 240-242.

³² Bundesministerium für Verteidigung (Hrsg.), Schicksalsfragen der Gegenwart, Tübingen 1957 ff.

³³ Zur sog. Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) siehe Ungerer, Dietrich, Der militärische Einsatz, Potsdam 2003. Weitere Filme, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen, sind „Nacht vor Augen“ von Johanna Stuttmann (siehe Ströbele, Carolin, Rocky Kabul. In: ZEIT Online vom 14.02.2008 (Stand: 06.07.2009). Oder die NDR-Dokumentation „Sie finden keinen Frieden – Deutsche Soldaten nach dem Auslandseinsatz“ vom 21. Mai 2007 (<http://daserste.ndr.de/reportageunddokumentation/doku310.html>) (Stand: 06.07.2009).

als unsichtbare Verwundung in die Mitte der Gesellschaft zurück; der zurückkehrende Soldat hat sie unbeabsichtigt und zunächst auch unbemerkt mit nach Hause gebracht.³⁴ Dieser Film führte zu lebhaften Debatten innerhalb der Bundeswehr, im politischen Raum und auch unter Intellektuellen.³⁵ Einigkeit bestand darüber, dass dieses Thema zu wenig behandelt worden war. „Post-traumatic Stress Disorder“ (PTSD) sei mehr als nur ein individuelles Problem des Betroffenen und seiner Familie, um das sich die Bundeswehr kümmern müsse, sondern fordere die Solidarität aller Bürger. Zuvor hatte der bereits im Januar 2005 von der ARD ausgestrahlte Film „Das Kommando“ Themen wie Loyalität, Gewissen und Kameradschaft am Beispiel eines präventiven Einsatzes von Spezialkräften der Bundeswehr gegen Terroristen im Kaukasus in einem spannenden Drama verarbeitet.³⁶

Neben der intellektuell-künstlerischen Verarbeitung von militärischen Erfahrungen und Erlebnissen suchen Künstler auch den **direkten Kontakt zu Soldaten**, wie beispielsweise im Rahmen der Truppenbetreuung in den Einsatzgebieten. Im Vordergrund steht dabei die Unterhaltung durch Popkultur; dass damit bewusstseinsverändernde Bildungsprozesse auch bei Künstlern initiiert werden, zeigt ein Interview des in Afghanistan vor deutschen Soldaten aufgetretenen Sängers Peter Maffay: „Wir wissen zwar, wie lange sich unsere Soldaten dort aufhalten, aber nur wenig über deren Schwierigkeiten. Ich hatte Gelegenheit, bei meinem Auftritt mit einigen Soldaten zu sprechen, und ich hatte den Eindruck, dass sie jede Bindung nach Deutschland gut brauchen können“.³⁷

³⁴ Ähnlich hat schon der Film „Das Wunder von Bern“ dieses Phänomen von introvertiertem Leiden und allgemeiner Sprachlosigkeit zum Ausdruck gebracht, indem es einen ehemaligen Wehrmachtssoldaten und Kriegsgefangenen als Heimkehrer darstellt und die Sprachlosigkeit auf beiden Seiten – bei dem Heimkehrer als auch bei seinem näheren familiären und gesellschaftlichen Umfeld, das sich ganz auf den Wiederaufbau konzentriert - herausarbeitet.

³⁵ Siehe etwa Buß, Christian, Krieg im Kopf. In: Spiegel Online, 2. Februar 2009 (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,druck-604948,00.html>) (Stand: 06.07.2009).

³⁶ Zu diesem Film siehe die Kritiken von Schiller, Maïke, Heikler Dienst an der Waffe. In: Hamburger Abendblatt vom 19. Januar 2005 (<http://www.abendblatt.de/kultur-live/article301716/Heikler-Dienst-an-der-Waffe.html>) (Stand: 29.07.2009).

³⁷ Tagesspiegel vom 5. Dezember 2008. Auch bei dem Hauptdarsteller in dem Film „Das Kommando“, Robert Atzorn, haben sich durch den Film und vor allem durch die Gespräche mit Soldaten der Bundeswehr, die bei den Filmarbeiten unterstützten, die Einstellungen zur Bundeswehr geändert. Er sagte: „Die meisten (der Bundeswehrsoldaten; █████) sind nicht aus Abenteuerlust und Männlichkeitswahn zum Bund gegangen, sondern weil sie ihrem Land dienen wollen. Für mich ist das eine neue Erkenntnis.“ (Schiller, Maïke, Heikler Dienst an der Waffe. In: Hamburger Abendblatt vom 19. Januar 2005) (<http://www.abendblatt.de/kultur-live/article301716/Heikler-Dienst-an-der-Waffe.html>) (Stand: 29.07.2009) In dem eindrucksvollen Bericht „Afghanische Reise“ von Roger Willemsen (Frankfurt/M.

Seit einigen Jahren steigt auch die Zahl der **Veröffentlichungen von Intellektuellen**, die sich mit dem Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Militär beschäftigen, wie z.B. des Historikers Klaus Naumann, der sich in seinem Buch „Einsatz ohne Ziel“ mit den Anforderungen an die politischen und militärischen Sicherheitseliten beschäftigt³⁸; oder des Philosophen Peter Sloterdijk, der in seinem bei Suhrkamp veröffentlichten Vortrag³⁹ über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 auf die deutsche Empfindung hinweist, „... in einer entwirklichten Wirklichkeit zu leben, in der es keine ernstzunehmenden Ereignisse mehr gibt“⁴⁰; oder des Historikers Manfred Hettling, der sich in mehreren Veröffentlichungen mit der Erinnerungskultur in Deutschland auseinandersetzt und Vorschläge für den Umgang mit dem „Ehrenmal für die Soldaten der Bundeswehr“ erarbeitete.⁴¹

Auch bei den Soldaten gibt es Indizien für ein neues, positiveres Verhältnis zu Intellektuellen, wozu nicht zuletzt die Anforderungen in den Einsätzen beitragen. „Kleine Kriege sind Kriege der Denker“, so resümierte der US-amerikanische General Petraeus seine Erfahrungen aus dem Irakkrieg. Moderne Einsätze sind damit auch eine „intellektuelle Aufgabe“. Dafür benötigt der Soldat die Hilfe des Intellektuellen genauso wie die des Experten.⁴² In der sicherheitspolitischen Praxis zeigt sich daher eine enge Zusammenarbeit von Ministerien, Universitäten, Stiftungen, Industrievertretungen und „think tanks“. Sicherheitspolitische blogs wie z.B. „Augengeradeaus“ des FOCUS-Redakteurs Thomas Wiegold⁴³ ermöglichen eine Diskussion auch über Expertenkreise hinaus. Mit den Einsätzen der Bundeswehr mehren sich auch die Anzeichen dafür, dass Soldaten

2006) schildert der Autor seine vielfältigen Begegnungen mit Land und Leuten. Soldaten der ISAF oder der Bundeswehr gehörten allerdings nicht dazu.

³⁸ Naumann, Klaus, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008

³⁹ Sloterdijk, Peter, Theorie der Nachkriegszeiten. Bemerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Frankfurt/M. 2008.

⁴⁰ Sloterdijk, a.a.O., S. 9.

⁴¹ Hettling, Manfred, Wofür? Der Bundesrepublik fehlt ein politischer Totenkult. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2006; ders., Militärisches Totengedenken in der Berliner Republik. Opfersemantik und politischer Auftrag. In: Hettling, Manfred, Echternkamp, Jörg (Hrsg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 11-21; ders., Militärisches Ehrenmal oder politisches Denkmal? Repräsentationen des toten Soldaten in der Bundesrepublik. In: Münkler, Herfried, Hacke, Jens (Hg.), Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989, Frankfurt/M. 2009, S. 131-152.

⁴² Zur Bedeutung der sozialwissenschaftliche Forschung siehe Davis, Paul K., Cragin, Kim (ed.), Social Science for Counterterrorism. Putting the Pieces together, RAND Corporation 2009. Siehe auch <http://www.rand.org/pubs/monographs/MG849> (Stand: 06.08.2009).

⁴³ <http://wiegold.focus.de>

bzw. ehemaligen Soldaten ihre Einsatzerfahrungen veröffentlichen und zur Diskussion stellen möchten.⁴⁴

Es gibt also schon eine beachtliche Bandbreite intellektueller Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragen, vor allem mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wie Intellektuelle sich damit politisch-ethisch auseinandersetzen, soll im folgenden Kapitel detailliert am Beispiel der Debatten um den Kosovo-Krieg sowie den Afghanistan-Einsatz dargestellt werden.

2.4 Detailanalysen zur Auseinandersetzung der Intellektuellen mit dem Kosovo-Krieg und dem ISAF-Einsatz

Als Bundespräsident Horst Köhler am 10. Oktober 2005 auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr sprach, fand er für die Haltung der Deutschen zu ihrer Armee die Worte: „freundliches Desinteresse“. „Die Bundeswehr“, so führte der Bundespräsident aus, „wird von einer Selbstverteidigungsarmee umgebaut zu - was eigentlich? einer Armee im Einsatz? einer Interventionsarmee?; der Deutsche Bundestag stimmt mehr als vierzig Mal dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zu; aber die Deutschen wirken von all dem kaum berührt oder gar beeindruckt. Gewiss, die Bundeswehr ist gesellschaftlich anerkannt; aber was heißt das eigentlich genau? Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie sind eher selten“⁴⁵.

Was der Bundespräsident im Rahmen seiner Rede mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit konstatierte, gilt – zumindest was den substantivischen Teil des Begriffspaars „freundliches Desinteresse“ betrifft – auch für die deutschen Intellektuellen. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sie zumeist situationsbezogene und nur selten grundsätzliche Beiträge zu der Frage publiziert, in welchem Zusammenhang „Staatskunst und Kriegshandwerk“⁴⁶ in der Bundesrepublik Deutschland stehen oder stehen sollten. Die Auseinandersetzung der Intellektuellen mit dem deutschen

⁴⁴ Dazu zählen u.a. Wohlgethan, Achim, Endstation Kabul, Berlin 2008; ders., Operation Kundus: Mein zweiter Einsatz in Afghanistan, Berlin 2009; Kuhlen, Kay, Um des lieben Friedens willen, Eschede 2009; Groos, Heike, Ein schöner Tag zum Sterben: Als Bundeswehrärztin in Afghanistan, Frankfurt 2009.

⁴⁵ Zit. „Einsatz für Freiheit und Sicherheit“ - Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn. http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews-11057.626864/Einsatz-fuer-Freiheit-und-Sich.htm?global.back=-/%2c11057%2c0/Reden-und-Interviews.htm%3fmlink%3dbpr_liste%26link.sDateV%3d01.10-2005%26link.sDateB%3d12.10.2005.

⁴⁶ Vgl. Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland, 4 Bde, München 1954-1968.

Militär überblickend, sprach der Münchner Historiker Michael Wolffsohn gar davon, dass sich in der Bundesrepublik zwei „weitgehend voneinander abgeschottete Gesellschaften: eine große zivile und eine kleine militärische“ herausgebildet hätten, und zu einer ähnlich gelagerten Erkenntnis gelangte auch der Berliner Historiker Paul Nolte⁴⁷. In einem unter dem Titel „Fremde Soldaten“ publizierten Essay erkannte er in der deutschen Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte die Geschichte einer präzedenzlosen Demilitarisierung der Alltagsgegenwart, die das Militär zu einem „Marginalphänomen“ gemacht und die Bundeswehr in die „innere Exterritorialität von Wald-und-Wiesen-Standorten“ geführt habe⁴⁸.

Mit diesem Befund schlossen sich beide Historiker einem Urteil an, das die Schriftstellerin Juli Zeh schon am 18. August 2008 in einem Beitrag für den Spiegel gefällt hatte. In ihrem Essay „Krieg und auch nicht“ beklagte sie, dass es „keine differenzierte Auseinandersetzung mit der Bundeswehr“ gebe. Von einem „freundlichen Desinteresse“ mochte sie in diesem Zusammenhang allerdings nicht sprechen – zumindest nicht mit Blick auf die deutschen Intellektuellen. In ihrem Kreis sei die Bundeswehr „Tabu“ und erlaube allenfalls ein „diffuses Dagegensein“⁴⁹. Ohne die Ausführungen Juli Zehs in allen Einzelheiten zu teilen, konstatierte auch die Publizistin Cora Stephan in ihrer unter dem Datum des 4. September 2008 in der DIE WELT publizierten Replik: „Bis heute fehlt es in der allgemeinen Öffentlichkeit [...] an einer vernunft- und interessegeleiteten Diskussion über das, was die Bundeswehr ist und sein soll“⁵⁰.

Mit diesem Befund korrespondiert, dass die wissenschaftliche Forschung bislang den Beiträgen, in denen sich deutsche Intellektuelle seit der Wende von 1989/1990 mit der Bundeswehr auseinandergesetzt haben, keine Aufmerksamkeit gewidmet hat. Zwar gibt es eine Reihe von Arbeiten, die die parlamentarischen Debatten über die Einsätze der Bundeswehr untersuchen⁵¹. Auch zum Bild, das sich die deutsche Öffentlichkeit von ihren Streitkräften macht, liegen zahlreiche demoskopische Erhebungen vor⁵². Doch die Beiträge, mit denen die deutschen Intellektuellen eine

⁴⁷ Zit. „Dichter, Denker und Soldaten“, in: Die Welt vom 3. April 2009.

⁴⁸ Zit. „Fremde Soldaten“, in: Der Spiegel vom 24. November 2008.

⁴⁹ Zit. „Krieg und auch nicht“, in: Der Spiegel vom 18. August 2008.

⁵⁰ Zit. „Tarnen, täuschen und verpissen“, in: Die Welt vom 4. September 2008

⁵¹ Vgl. u.a. Florack, Martin, *Kriegsbegründungen. Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland nach dem Kalten Krieg*, Marburg 2005 und Dalgaard-Nielsen, Anja, *Germany, Pacifism and Peace Enforcement*, Manchester, New York 2006.

⁵² Vgl. insbesondere die repräsentativen Meinungsumfragen, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr seit 1996 jährlich zu einer großen Zahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen durchführt. Vgl. <http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw>.

Entwicklung begleitet haben, die dazu führte, dass das deutsche Militär nicht mehr „nur“ bei humanitären Hilfsaktionen und Naturkatastrophen zum Einsatz gelangt, sondern auch bei militärischen Aktionen im Zusammenhang mit Krisen und Konflikten beteiligt ist, harren bislang noch der wissenschaftlichen Analyse⁵³.

Welche Ursachen machen die oben Genannten für das Desinteresse der Deutschen und ihrer kulturellen Eliten am Militär aus? Paul Nolte hat in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, dass im Gegensatz zu den angelsächsischen Staaten „Krieg“ in der kollektiven Erinnerung der Deutschen mit unendlichem Leid für die Zivilbevölkerung, Schuld und Niederlage verbunden sei. „Das Berliner Geschichtsgespenst“, so hat Jan Roß, Redakteur der DIE ZEIT, diesen Sachverhalt einmal pointiert formuliert, „ist der Verbrecher Hitler, das Londoner der Versager Chamberlain“⁵⁴. Doch, so führt Paul Nolte aus, haben die Deutschen nicht nur einen Weltkrieg zu verantworten, der von ihnen als rassischer Vernichtungskrieg geführt wurde, sondern darüber hinaus fehle es ihnen ganz grundsätzlich an der Erfahrung des Zusammenhangs von Militär und nationaler Befreiung, „von Kampf und liberaler Emanzipation. Die antinapoleonischen ‚Befreiungskriege‘ geben das schon lange nicht mehr her“⁵⁵. Vielleicht erklärt diese Beobachtung Paul Noltes auch die Ergebnisse einer Umfrage, die im Jahr 2006 im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr durchgeführt wurde und die zu dem Ergebnis gelangte, dass die Deutschen die Bundeswehr schätzen, aber nicht stolz auf sie sind. So stimmten zwar 55 Prozent der Deutschen der Aussage zu: „Alles in allem vertrete ich eine positive Haltung zu den [nationalen] Streitkräften“. Doch nur 42 Prozent gaben an, dass man in Anbetracht ihrer Leistungen im In- und Ausland auf die Streitkräfte „stolz“ sein könne; für die USA lagen die entsprechenden beiden Werte bei je 81 Prozent, für Großbritannien bei 71 respektive 66 Prozent⁵⁶.

Während Paul Nolte das Desinteresse der Deutschen an ihrem Militär in der kollektiven Erinnerung verankert, erkennt Michael Wolffsohn die Ursachen der mangelnden Aufmerksamkeit in dem Umstand, dass die Bundesrepublik im Gegensatz zu den USA, Großbritannien oder auch

⁵³ Einen Eindruck der Diskussion, die anlässlich des Kosovo-Krieges unter deutschen Intellektuellen über den Einsatz militärischer Machtmittel geführt wurde, vermittelt eine von dem Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher, zusammengestellte Dokumentation. Vgl. Schirrmacher, Frank. Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg, Stuttgart 1999.

⁵⁴ Zit. „Dann gibt es nur eins: Nie wieder!“, in: Die Zeit vom 23. Dezember 2002.

⁵⁵ Zit. „Fremde Soldaten“, in: Der Spiegel vom 24. November 2008.

⁵⁶ Vgl. Bulmahn, Thomas; Fiebig, Rüdiger; Sender, Wolfgang, Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2006 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008, S. 84.

Frankreich seit sechs Jahrzehnten keinen Krieg geführt habe. Erst „seit dem Kosovo-Krieg und dem Afghanistaneinsatz 2001 ist die Bundeswehr [...] eine Kampfarmee, zuvor war sie nur so etwas wie Deutschlands beste Katastrophenhilfe“. Die Banalität des – wenn auch militärischen – Alltags vermöge aber weder Film noch Literatur zu fesseln; – und dies sei auch keinesfalls „typisch deutsch“. Über den „grauen Soldatenalltag ohne Kampf und Krieg gibt es seit geraumer Zeit auch in den USA, Großbritannien und Frankreich kaum Filme oder Bücher“⁵⁷. Darüber hinaus erkennt Wolffsohn aber einen wesentlichen Grund für das Fehlen einer intellektuellen Debatte über die Ausrichtung der Bundeswehr in einem ausbleibenden Impuls. Da die Politik zu dieser Frage schweige, könne sie auch keine Auseinandersetzung unter den Intellektuellen erwarten. „Wer Dichter und Denker zum Dichten, Denken oder Filmen auffordert, muss zunächst selbst über manches nachdenken“⁵⁸.

Gegen die Interpretation Wolffsohns kann nun eingewandt werden, dass es in den letzten beiden Jahrzehnten durchaus nicht an „Impulsen“ für eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema „Bundeswehr“ gefehlt hat; und in der Tat sind ihre großen militärischen Einsätze unter den deutschen Intellektuellen sehr kontrovers diskutiert worden. Als nach dem definitiven Scheitern der Friedensverhandlungen in Rambouillet am 24. März 1999 die Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien im Rahmen der „Operation Allied Force“ begannen, ohne dass diese durch ein Mandat der Vereinten Nationen gedeckt waren, ging ein Riss durch das Lager der Intellektuellen. Die Mitglieder des PEN-Zentrums Deutschland vermochten sich auf keine gemeinsame Stellungnahme zu einigen. Dasselbe galt, als die Bundesrepublik sich im Gefolge des 11. September 2001 mit dem Parlamentsbeschluss vom 16. November 2001 auf der Grundlage von VN-Mandaten an der „Operation Enduring Freedom“ beteiligte, bewaffnete Streitkräfte zur Unterstützung der gemeinsamen Reaktionen auf die terroristischen Angriffe zur Verfügung stellte und die Bundeswehr schließlich durch einen weiteren Parlamentsbeschluss am 22. Dezember 2001 Teil der NATO-geführten „International Security Assistance Force“ (ISAF) wurde.

Überblickt man die Debatten, die zu diesen beiden Einsätzen der Bundeswehr geführt wurden oder werden, so lassen sich unter den deutschen Intellektuellen bei allen Unterschieden im Einzelnen doch mehrere Grundmuster der Argumentation ausmachen, die auch die Haltung zur Bundeswehr prägen.

⁵⁷ Zit. „Dichter, Denker und Soldaten“, in: Die Welt vom 3. April 2009.

⁵⁸ Zit. „Dichter, Denker und Soldaten“, in: Die Welt vom 3. April 2009.

So rubriziert eine Reihe von deutschen Intellektuellen den militärischen Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan unter dem bereits in den achtziger Jahren aufgekommenen Begriff der Weltinnenpolitik, in dem das Ende der alten Formen zwischenstaatlicher Außenpolitik und der damit einhergehenden Kriege zum Ausdruck kommen soll. Für eine Reihe von deutschen Intellektuellen bezeichnet er den vorläufigen Endzustand einer wünschenswerten politischen Ordnung, in der die Menschen- sowie Bürgerrechte prinzipiell gesichert sind und in der massive Verstöße gegen diese Rechte mit quasi polizeilichen Maßnahmen geahndet werden. Unter dem Eindruck des NATO-Einsatzes im Kosovo hat insbesondere Jürgen Habermas die humanitäre militärische Intervention als „bloßen Vorgriff auf einen zukünftigen kosmopolitischen Zustand, den sie zugleich befördern will“, gerechtfertigt⁵⁹.

Vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass die Wahrung der Menschenrechte letztlich auch den Einsatz militärischer Machtmittel rechtfertige, forderten im April 1999 auch mehrere Schriftsteller in einem im „Tagesspiegel“ publizierten Aufruf die Fortsetzung der Luftangriffe auf serbische Militäreinrichtungen. Die Unterzeichner – Hans Christoph Buch, Richard Wagner, Rüdiger Safranski, Jürg Altwegg, Steffen Noack, Richard Herzinger und der französische Philosoph André Glucksmann – konstatierten, dass das Kosovo sich in ein „Schlachthaus“ verwandelt habe und in der Region „blanker Terror“ herrsche: „Die Zeit drängt. Um einen Völkermord an den Kosovoalbanern zu verhindern, müssen die Luftangriffe der Nato auf serbische Militäreinrichtungen weitergeführt werden, wobei der Einsatz von Bodentruppen nicht prinzipiell auszuschließen ist“⁶⁰. Nur wenige deutsche Intellektuelle gingen allerdings so weit, im Jahr 1999 die Überzeugung zu vertreten, dass notfalls auch die zivile Bevölkerung eines Landes erfahren müsse, was sie ange richtet habe, und zum Blick in den moralischen Spiegel durch Krieg und Niederlage zu zwingen sei. Zu ihnen zählte insbesondere der Lyriker Durs Grünbein, der in der Ausgabe des DER SPIEGEL vom 12. April 1999 formulierte: „Man muss kein Idealist sein, um einzusehen, dass die Bombe ein Erziehungsmittel sein kann, wie wir aus Deutschland wissen. Dort wurde einer sagenhaft starrsinnigen Bevölkerung vor einem halben Jahrhundert der Nationalismus wie ein fau-

⁵⁹ Zit. „Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral“, in: Die Zeit vom 6. Mai 1999. Aus denselben Gründen gehörte auch Günther Grass schon zu einem frühen Zeitpunkt zu den Befürwortern des NATO-Einsatzes in Jugoslawien. Die Bundeswehr sah er im Jahr 1999 im Einsatz gegen „Mörderbanden, die im Kosovo gehaust und gewütet haben. Zit. „Hut ab“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juni 1999.

⁶⁰ Zit. „Den Völkermord militärisch beenden“, in: Der Tagesspiegel vom 10. April 1999.

ler Zahn gezogen. [...]. Ein Stamm, der nicht mehr erkennen mag, auf wie viel Vernichtung und Unterdrückung sein Auskommen beruht, gehört wohl vom Ausland gezüchtigt“⁶¹.

Zu den entschlossenen Befürwortern eines militärischen Einsatzes im Kosovo zählte damals der Schriftsteller Peter Schneider. Gemeinsam mit einer Reihe von Schriftstellern, unter ihnen Hans Christoph Buch, Richard Herzinger, Günter Kunert, Herta Müller, Hans Joachim Schädlich, Wolf Biermann, Henryk M. Broder, Rafael Seligmann und Katharina Rutschky, trat er auch im November 2001 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der den militärischen Einsatz in Afghanistan unterstützte. Peter Schneider sah in der amerikanischen Intervention eine „Befreiung der Afghanen von einem Terrorregime“ und warf seinen Kollegen vor, in den letzten beiden Jahrzehnten immer nur als „Warner“ aufgetreten zu sein. „Wenige haben vorausgedacht und gesagt, welche großartigen politischen Chancen diese Entwicklungen bieten“⁶².

Während für eine Reihe deutscher Intellektueller – wie Habermas oder Peter Schneider – außer Frage steht, dass es staatliche wie suprastaatliche Akteure gibt, die fähig und willens sind, für das kollektive Gut eines weltweiten Schutzes der Menschenrechte notfalls auch militärische Gewalt bereitzustellen, ohne davon selbst in besonderer Weise zu profitieren, wurde sowohl 1999 als auch 2001 von den Kritikern einer jeden Politik der militärischen Intervention geltend gemacht, dass der Verweis auf die Menschenrechte nichts anderes als ein den USA ausgestellter Blankoscheck sei, mit dem sie nach Belieben überall eingreifen könnten, um ihre politischen und ökonomischen Ziele durchzusetzen. Die prinzipiellen Gegner dieser Einsätze glauben, dass es den USA nicht um die Opfer von Bürgerkrieg und Menschenrechtsverletzungen, sondern die Durchsetzung ihrer geostrategischen Interessen geht. Auch Prominente äußerten sich hierzu. An der Seite der USA sah Franz Xaver Kroetz die Bundesrepublik im Jahr 2001 auf dem Weg ins „Kriegsverbrechergeschäft“; Schauspielerinnen Heike Makatsch erblickte im Einsatz der Bundeswehr eine Beteiligung an einem „imperialistischen Krieg“, Liedermacher Konstantin Wecker führte aus: „Wer jetzt aus einer fast schon pathologischen Solidarität heraus keinen Stopp fordert, gerät in den Verdacht, sich wieder mal nur der wertvollen Ressourcen und Wiederaufbauprofite als Global Player bemächtigen zu wollen“. Karlheinz Böhm vermochte im militärischen Einsatz in Afghanistan ausschließlich ein „Vergeltungswerk“ der Amerikaner zu erkennen, das „unschuldige Menschen“ vernichte; Schauspieler Ottfried Fischer sah in Afghanistan ein „ganzes Volk zer-

⁶¹ Zit. „Ein Territorium des Hasses“, in: Der Spiegel vom 12. April 1999.

⁶² Zit. „Falsche Gewissheiten“, in: Die Welt vom 21. November 2001.

stört“ und der Liedermacher Franz Josef Degenhardt witterte mit der „Sicherung von Rohstoffen und Militärbasen“ eine imperiale Zielsetzung⁶³.

Einen Beweis für eine Politik, die nur scheinbar Wert auf die Durchsetzung von Menschenrechten lege, erkannten zahlreiche deutsche Intellektuelle in einem Doppelstandard der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. So warfen in einem am 16. April 1999 in der Tageszeitung publizierten Aufruf eine Reihe von Intellektuellen und Schriftstellern, unter ihnen Peter Handke, Helmut Sakowski und Heinrich Schirmbeck, Hans Wollschläger und Gerhard Zwerenz, die Frage auf, warum die NATO nicht auch gegen das Elend der Kurden in der Türkei vorgehe, und stellten darüber hinaus den deutschen Einsatz im Kosovo in eine Reihe mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg⁶⁴.

In die Phalanx der deutschen Intellektuellen, die im militärischen Einsatz der NATO in Afghanistan nur eine neue Form des Kolonialismus' oder einen humanitär bemäntelten Imperialismus erblicken, hat sich vor kurzem auch der Schriftsteller Richard David Precht eingereiht. In einem im August 2009 im DER SPIEGEL publizierten Essay vermutete er hinter dem Engagement der NATO in Afghanistan machtpolitische Ziele. Es gehe nicht um eine Freiheitsbotschaft oder Menschenrechte, sondern letztlich darum, durch ein Gleichgewicht unter verfeindeten Rivalen „Ruhe“ herzustellen. Diese Ruhe solle eine militärische Dauerpräsenz im „geostrategisch so wichtigen Afghanistan“ und den Bau einer „längst geplante[n] Öl- und Gaspipeline“ sicherstellen⁶⁵. In der Argumentation Prechts spielt darüber hinaus aber auch eine Überzeugung eine bedeutsame Rolle, mit der sich mehrere deutsche Intellektuelle in der Debatte um die Kampfeinsätze der Bundeswehr zwischen den beiden Positionen der „Weltinnenpolitik“ und des „humanitär bemäntelten Imperialismus“ angesiedelt haben.

So gab es sowohl 1999 als auch seit 2001 eine Reihe von Intellektuellen, die zwar nicht grundsätzlich bezweifelten wollten, dass die Bundeswehr für moralische Prinzipien ins Feld zog, gleichwohl aber skeptisch waren, ob diese Prinzipien wirklich universal, oder eben nicht doch westlicher Provenienz seien – kein Menschheitsgesetz, sondern nur eine euroatlantische Sicht der Dinge, deren missionarische Ausbreitung über den Globus nicht mit militärischen Mitteln erzwungen werden dürfe und bei den übrigen Beteiligten zwangsläufig den Eindruck von Kulturimperialismus entstehen lassen müsse. So führte Cora Stephan in einem Beitrag für DIE WELT

⁶³ Zit. „Stoppt diesen Krieg“, in: Stern vom 15. November 2001.

⁶⁴ Zit. „Wir schämen uns“, in: die Tageszeitung vom 16. April 1999.

⁶⁵ Zit. „Feigheit vor dem Volk. Wider den verlogenen Menschenrechts-Bellizismus“, in: Der Spiegel vom 3. August 2009.

vom 4. Dezember 2001 die Kritik deutscher Intellektueller am militärischen Einsatz in Afghanistan auf einen aus unterschiedlichen Quellen gespeisten „Kulturrelativismus“ zurück, der „in westdeutschen Salons“ herrsche⁶⁶. Einen grundlegenden Zweifel am Wert der westlichen Gesellschaftsordnung attestierte auch Peter Schneider seinen Kollegen⁶⁷. In der Argumentation Prechts nimmt dieser Zweifel einen zentralen Platz ein. In seinem im Spiegel gehaltenen Plädoyer gegen den Einsatz militärischer Machtmittel in Afghanistan erkannte er im „American Way of Life“ die „erfolgreichste Massenvernichtungswaffe des 20. Jahrhunderts“⁶⁸ und führte in einem Interview mit dem Portal der WAZ-Mediengruppe im September 2009 aus: „Man kann Menschenrechte nicht universal begründen. Wir haben uns in der abendländischen Tradition seit der Aufklärung sehr viel Mühe gegeben, immer wieder zu beweisen, dass das, was wir unter Menschenrechten verstehen, quasi naturgesetzlich vorhanden sein muss. Leider ist das nicht so. Wir können uns verpflichtet fühlen, andere von Menschenrechten zu überzeugen - aber man kann sie nicht beweisen. Und man kann sie nicht zur Grundlage von Kriegsführung machen. Menschenrechte müssen aus sich selbst heraus überzeugen. Es ist widersinnig, sie nicht mit humanen, sondern mit militärischen Mitteln implantieren zu wollen“⁶⁹.

Den Gedanken, dass es widersinnig sei, Menschenrechte mit militärischen Machtmitteln durchzusetzen zu wollen, teilen auch 25 Prominente, die Anfang September 2009 in der Wochenzeitung „der Freitag“ den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan forderten. In diesem Aufruf argumentierten unter anderen Elfriede Jelinek, Martin Walser, Roger Willemsen, Friedrich Schorlemmer, Thomas Ostmeier, Friedrich Küppersbusch sowie Charlotte Roche und Sarah Kuttner: „Der Gegner ist keine Armee, sondern eine Kultur“. Dem entsprechend könne der Westen diese Auseinandersetzung nicht militärisch, sondern allein durch ein langfristiges entwicklungspolitisches Engagement gewinnen⁷⁰. Nimmt man die Prämisse, dass in Afghanistan „Krieg gegen eine Kul-

⁶⁶ Zit. „Abschied von den Lebenslegenden“, in: Die Welt vom 4. Dezember 2001.

⁶⁷ Vgl. „Falsche Gewissheiten“, in: Die Welt vom 21. November 2001.

⁶⁸ Zit. „Feigheit vor dem Volk. Wider den verlogenen Menschenrechts-Bellizismus“, in: Der Spiegel vom 3. August 2009.

⁶⁹ Zit. „Sie können Freiheit nicht herbeibomben“, in: Der Westen vom 9. September 2009. [Http://www.derwesten.de/nachrichten/kultur/2009/9/9/news-132404655/detail.html](http://www.derwesten.de/nachrichten/kultur/2009/9/9/news-132404655/detail.html).

⁷⁰ Zit. „Für einen Abzug“, in: Der Freitag vom 8. September 2009. [Http://www.freitag.de/wochenthema/0937-aufruf-abzug-afghanistan-freitag](http://www.freitag.de/wochenthema/0937-aufruf-abzug-afghanistan-freitag). Martin Walser gehört zu den deutschen Schriftstellern, die sich schon früh gegen einen deutschen Einsatz in Afghanistan aussprachen. Im Oktober 2001 unterzeichnete er gemeinsam mit Walter Jens und Christa Wolf den „Berliner Aufruf“, in dem noch stärker auf die möglichen Ursachen des Terrorismus abgestellt wurde: „Absoluten Vorrang müssen politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilbevölkerung und Bündnispartner in der Region haben. Diese Maßnahmen müssen einen Ausweg aus der Hoffnungslosigkeit von Armut, mangelnder Bildung und gewaltsamen Konflikten weisen und dafür sorgen, dass dem Terrorismus

tur“ geführt wird, Ernst und geht es den Taliban folglich um die Verteidigung ihrer kulturellen Identität, die sie durch die Lebensweise der westlichen Welt bedroht sehen, so stellt sich freilich die Frage, warum ihre Ausbreitung durch wirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure auf Akzeptanz stoßen sollte. Vielmehr dürfte zu erwarten sein, dass der bewaffnete Kampf auch gegen zivile Organisationen fortgesetzt wird, um dem, was in den Augen der Taliban nichts anderes als ein Verfall der Sitten darstellt, Einhalt zu gebieten.

Unter den deutschen Intellektuellen, die zwar nicht grundsätzlich bezweifeln wollen, dass der Westen im Kosovo oder in Afghanistan zur Verteidigung moralischer Werte auf militärische Machtmittel rekurriert, und die ihrem Einsatz gleichwohl skeptisch gegenüberstehen, lässt sich neben den Vertretern, die den Geltungsbereich der Menschenrechte relativieren, eine zweite Gruppe ausmachen: Sie wirft die Frage auf, ob nicht gerade die moralische Begründung eines Krieges zu einer gefährlichen Entgrenzung des militärischen Handelns führt. So erinnerte der Philosoph Robert Spaemann in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Mai 1999 daran, dass bei der Verteidigung von Werten „die Menschen auf der Strecke bleiben“ können. „Den Versuchen, ihnen zu angemessener Anerkennung zu verhelfen, ist prinzipiell keine Grenze gesetzt. Der Interventionen wäre kein Ende, das Kriegsziel wäre nicht operationalisierbar“⁷¹. Ganz ähnlich argumentierte in diesem Zusammenhang auch Cora Stephan. Zwar ist ihr der „Kulturrelativismus“, den sie bei ihren Kollegen diagnostizierte, fremd. Doch auch sie sieht die Gefahr, dass der „Moralkrieg“ den mühsam errungenen Zivilisationsgewinn „gehegter“ und kalkulierbarer Gewalt rückgängig machen könne, dass er – unter dem Schein des Fortschritts zu einer Weltinnenpolitik – in Wahrheit einen Rückfall ins Zeitalter der Glaubenskriege bedeuten könne, die nicht zuletzt deshalb so grausam gewesen seien, weil sie mit gutem Gewissen geführt wurden⁷².

In der Fluchtlinie der Argumentation von Cora Stephan läge es, die Frage aufzuwerfen, ob eine militärische Intervention der Bundeswehr nicht auch mit einem rein interessenpolitischen Kal-

der Nährboden entzogen wird, nämlich sein Rekrutierungs- und Mobilisierungspotential.“ In der militärischen Intervention erblickte man ein ungeeignetes, ja kontraproduktives Mittel, da sie den Eskalationsprozess vorantreibe, der Leben Unschuldiger koste und zu weltweitem Terror führe. Zit. „Berliner Aufruf“, in: die Tageszeitung vom 26. Oktober 2001. Seinen Aufruf von 2001 hat Martin Walser dann in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin vom 9. Juli 2009 erneuert. Vgl. „Unser Irrtum. Deutschland sollte seine Truppen sobald wie möglich aus Afghanistan abziehen“, in: Die Zeit vom 12. Juli 2009.

⁷¹ Zit. „Werte gegen Menschen. Wie der Krieg die Begriffe verwirrt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Mai 1999.

⁷² Vgl. „Abschied von den Lebenslegenden“, in: Die Welt vom 4. Dezember 2001 und „Tarnen, täuschen und verpissen“, in: Die Welt vom 4. September 2008.

kül gerechtfertigt werden kann. Die Logik dieser Einsätze würde dann im Wesentlichen nicht den Imperativen einer Menschenrechtspolitik oder des Weltbürgerrechts, sondern der eines politisch-ökonomischen Kalküls folgen, bei dem abgeschätzt wird, ob die Kosten, die die Fortdauer eines innergesellschaftlichen Krieges für die übrigen Staaten verursacht, die Kosten einer militärischen Intervention deutlich übersteigen. Das trifft insbesondere dann zu, wenn – wie im Kosovo – sich eine Macht in einer politisch instabilen Region erhebliche Vorteile gegenüber ihren Nachbarn verschafft, indem sie ganze Bevölkerungsgruppen vertreibt, Spannungen und Konflikte exportiert und den eigenen Staat auf ethnisch homogener Grundlage reorganisiert, oder aber – wie in Afghanistan – ein Staat durch den Kollaps seiner öffentlichen Ordnung zu einem Vorbereitungs- und Rückzugsraum für den Terrorismus wird. Unter deutschen Intellektuellen ist diese Frage jedoch weder 1999 noch seit 2001 diskutiert worden. Wenn sie am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts hinter den Interventionen der NATO ein interessenpolitisches Kalkül erkannten, dann war dieses stets offensiver und nicht defensiver Natur.

2.5. Grenzen im Verhältnis von Intellektuellen und Soldaten

Die Detailanalyse hat gezeigt, dass Intellektuelle sich an der sicherheitspolitischen Debatte mit substanziellen Argumenten für oder gegen Auslandseinsätze beteiligt haben, weiterhin beteiligen und durchaus selbstkritisch darauf hinweisen, dass ihre Beteiligung noch intensiver sein sollte; dass sie auf Wahrnehmungs- und Interessendefizite der Gesellschaft hinweisen und dafür nach Ursachen suchen; und dass sie die Politik in einer Führungsrolle sehen, was die Initiierung der sicherheitspolitischen Debatte betrifft. Deutlich wurde aber auch, dass eine Beschäftigung von Intellektuellen mit der soldatischen Existenz (seinem Selbstverständnis, seiner Befindlichkeit) und ihrer Stellung in der Gesellschaft weitgehend ausgeblieben ist.

Es gibt also einige **grundsätzliche Schwierigkeiten** für die weitere Intensivierung des Dialogs. Der Theologe Christian Walther hat darauf hingewiesen, dass eine Zivilgesellschaft, die sich als „Gegengewicht zur Staatsmacht“ versteht, den Soldaten als „Fremdkörper“ sehen muss und dabei übersieht, dass Aufbau und Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Strukturen auf dem Schutzversprechen des Staates und damit der Existenz des Soldaten beruhen.⁷³ Die Zivilgesellschaft stellt aber die Basis für viele Intellektuelle dar und ist in gewisser Weise auch deren geistiges

⁷³ Siehe dazu Walther, Christian, Militär, Zivilgesellschaft, Staat. Zur Bedeutung von Streitkräften. In: Hartmann, Uwe, Rosen, Claus von, Walther, Christian (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2009. Die Rückkehr des Soldatischen, Eschede 2009, S. 64-74.

Ziehkind. Kann man erwarten, dass Intellektuelle sich gegen die Zivilgesellschaft wenden und gewissermaßen erzieherisch Einfluss ausüben?⁷⁴

Ähnliche Herausforderungen sieht auch Herfried Münkler, der die deutsche Gesellschaft als „**post-heroisch**“ bezeichnet, was allerdings nicht mit einer „pazifistischen Gesellschaft“ verwechselt werden dürfe. „Vielmehr handelt es sich um eine Gesellschaft, die aus einem Selbstverständnis des Fortgeschritten-Seins und Gelernt-Habens auf ihre heroische Phase zurückblickt...“.⁷⁵ Deutschlands Beteiligung an Auslandseinsätzen sowie die Errichtung eines Ehrenmals der Bundeswehr, welches das Sterben deutscher Soldaten in diesen Einsätzen auch für die Zukunft vorwegnimmt, stellen das bisherige, vor allem von Intellektuellen geförderte Selbstverständnis in Frage, „... dass wir gegenüber den Generationen des Ersten und Zweiten Weltkriegs auf einer ethisch und intellektuell höheren Stufe stehen.“⁷⁶

Eine weitere Grenze für die Beschäftigung von Intellektuellen mit Fragen von Krieg und Frieden besteht in der **hochgradigen Vernetzung**. Die komplexen Beziehungsstrukturen einer „Vernetzten Sicherheitspolitik“ sind selbst für Mitarbeiter von Ministerien schwer zu durchschauen. Wer als Außenstehender sich dazu äußert, läuft schnell Gefahr, als „Hobby-Strategie“⁷⁷ abgekanzelt oder als weltfremder Bewohner eines Elfenbeinturms bezeichnet zu werden, der über keine Erfahrungen und Insiderkenntnisse verfüge. Als Martin Walser sich jüngst zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr äußerte und damit zu einem Bereich Stellung bezog, für den er nicht mehr Verantwortung trägt als jeder andere Staatsbürger auch, über den er keine besonderen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und für den er schon gar nicht zuständig ist, wurde er dafür heftig kritisiert.⁷⁸ Dies zeigt nicht zuletzt, dass Kritiker intellektueller Kritik nicht immer verstanden haben,

⁷⁴ Sloterdijk, a.a.O.

⁷⁵ Münkler, Herfried, Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft. In: Hettling, Manfred, Echternkamp, Jörg (Hrsg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 25.

⁷⁶ Münkler, a.a.O., S. 25.

⁷⁷ Diesen Begriff nutzte der Stellvertretende Sprecher des BMVg, Kapitän z.S. Christian Dienst, in einer Pressekonferenz am 29.06.2009, angesichts der zunehmenden Zahl von Vorschlägen, welche Waffensysteme in Afghanistan künftig benötigt würden. (<http://wiegold.focus.de>) (Stand: 29.06.2009)

⁷⁸ Walser, Martin, Unser Irrtum. Deutschland sollte seine Truppen so bald wie möglich aus Afghanistan abziehen. Ein offener Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel. In: Die Zeit, Nr. 29 vom 9. Juli 2009 (<http://www.zeit.de/2009/29/Walser-Brief>) (Stand: 06.08.2009); zur Kritik an Walser siehe <http://kommentare.zeit.de/article/2009/07/12/unser-irrtum#comment-394869> (Stand: 06.08.2009).

dass Störung zu den gesellschaftlichen Funktionen des Intellektuellen gehört⁷⁹. Vor dem Hintergrund der Unterscheidung in kompetente, quasi-kompetente und inkompetente Kritik, d.h. „... einer Kritik an Institutionen, deren Mitglied man nicht ist“, schrieb Lepsius schon in den 60er Jahren: „Legitim ist jede Kritik, die sich auf Werte bezieht, über deren Gültigkeit als Leitbilder sozialen Verhaltens Konsensus besteht.“⁸⁰ Da dieser Konsens nicht immer besteht oder gefährdet sei, komme es darauf an, „... immer aufs neue einen materiellen Konsensus in der Gesellschaft über die Gültigkeit bestimmter Wertstandards herbeizuführen und die Deutungsmöglichkeiten offenzuhalten.“⁸¹

Wenn Intellektuelle sich mit dem Militär beschäftigen, benötigen sie **Gesprächspartner** – auch innerhalb des Militärs. Die Akademisierung des Offizierberufs dürfte für das Zustandekommen des Dialogs förderlich sein. Allerdings findet der Dialog dort seine Grenzen, wo der Austausch von Informationen durch ministerielle Regelungen eingeschränkt ist, Besuche im Einsatzgebiet untersagt und die Bereitschaft zum Gespräch bei Soldaten nur gering ausgeprägt ist.⁸² Vor allem die Historiker Klaus Naumann und Manfred Hettling, die sich mit konstruktiven Vorschlägen zu den zivil-militärischen Beziehungen und zum soldatischen Totengedenken geäußert haben, bemängeln die fehlende Bereitschaft der Bundeswehr, vor allem der Generalität/Admiralität und des Verteidigungsministerium, aber auch des Parlaments, öffentliche Diskussionen zu führen und so die aufgrund der neuen Gefährdungslage für Soldaten veränderte Wahrnehmung in der Gesellschaft zu nutzen.⁸³

⁷⁹ Lepsius, M. Rainer, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg (1964), S. 82.

⁸⁰ Lepsius, a.a.O., S. 87. Dies könnte aber auch als Hinweis darauf gelten, dass über die Gültigkeit von Leitbildern gerade für den Bereich der Sicherheitspolitik heute nicht mehr Konsens besteht.

⁸¹ Lepsius, a.a.O., S. 90.

⁸² Zur diesbzgl. Kritik an der militärischen Führung siehe Naumann, Klaus, a.a.O. Naumann führt auch das Beispiel des Weißbuches 2006 an, das nur in kleinsten Expertenkreisen diskutiert wurde.

⁸³ Siehe Hettling, Manfred, Militärisches Ehrenmal oder politisches Denkmal? Repräsentationen des toten Soldaten in der Bundesrepublik. In: Münkler, Herfried, Hacke, Jens (Hg.), Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989, Frankfurt/M. 2009, S. 148: „Seit Gründung der Bundeswehr 1955 haben bisher etwa 2600 Soldaten ihr Leben im Dienst verloren. Diese veränderte Gefährdungslage, die in der Geschichte der Bundesrepublik erstmals dazu geführt hat, dass Soldaten nicht nur durch Unfälle, sondern auch durch gezielte Gewaltanwendung und auf fremden Territorium ums Leben kommen, verändert die öffentliche Wahrnehmung. Dennoch sind die Pläne für das beabsichtigte Denkmal (Ehrenmal der Bundeswehr; █████) exklusiv vom Verteidigungsministerium betrieben worden, die Öffentlichkeit wurde bisher außen vor gelassen.“

Grenzen werden aber auch durch die nur **gering ausgeprägte Diskussionsbereitschaft der Bevölkerung** gezogen. Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen nicht im Mittelpunkt des Interesses bei den Bürgerinnen und Bürgern, was man u.a. daran ersehen kann, dass sie bei den Bundestagswahlen (mit Ausnahme der durch den heraufziehenden Irakkrieg 2003 beeinflussten Bundestagswahl 2002) keine Rolle spielen. Dafür dürfte nicht zuletzt ein Gewöhnungseffekt nach 14 Jahren Einsatz auf dem Balkan, 8 Jahren in Afghanistan und einer unüberschaubaren Zahl von Einsatzbeteiligungen ursächlich sein. Zudem tritt das Militär im gesellschaftlichen Erscheinungsbild immer mehr in den Hintergrund. Und da Grundwehrdienstleistende nicht an den Einsätzen teilnehmen, sondern nur Zeit- und Berufssoldaten, fällt es leicht, dies als private berufliche Entscheidung abzutun. Nicht zuletzt mangelt es an gesellschaftlichen (und nicht nur militärischen) Symbolisierungen des Soldaten und seines Opfers *für* eine Sache (nicht nur der Opfer *von* etwas). Die Gesellschaft ist auf die Diskussion solcher Fragen kaum vorbereitet, wie beispielsweise Klaus Naumann am Beispiel des Ehrenmals des Bundeswehr deutlich macht: „Während ... einerseits Erinnerungsgebote und Aufforderungen des Eingedenkens sich mit einer gewissen Zudringlichkeit häufen und obendrein mit dem Versprechen angereichert werden, Erinnern mache frei und weise oder stifte Versöhnung, versagt der Imperativ des Gedenkens gerade dort, wo es nicht um die Vorvergangenheit der Republik, sondern um ihre politische Gegenwart und um ihre >>eigenen<< Militärtoten geht.“⁸⁴

2.6. Zusammenfassung

Der Frage, welche Ausrichtung der Bundeswehr nach der welthistorischen Zäsur der Jahre 1989/1990 zu geben sei, haben sich deutsche Intellektuelle in den vergangenen beiden Jahrzehnten nur selten grundsätzlich genähert. Auch eine Beschäftigung mit der soldatischen Existenz, dem Selbstverständnis, der Befindlichkeit und Stellung des Soldaten in der Gesellschaft ist weitgehend ausgeblieben. Diskussionen über die Bedeutung und Funktion des Militärs lassen sich unter Deutschlands Intellektuellen allenfalls in Zusammenhang mit den großen Einsätzen der Bundeswehr – den Luftangriffen der NATO gegen Jugoslawien im Rahmen der „Operation Allied Force“ 1999 und der Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-geführten „International Security Assistance Force“ (ISAF) – beobachten. Ein näherer Blick auf diese Debatten macht deutlich, dass der Einsatz der Bundeswehr unter den deutschen Intellektuellen sehr kontrovers diskutiert

⁸⁴ Naumann, Klaus, Abwehr, Abschreckung, Distanzierung. Militär, Öffentlichkeit und Tod in der Bundesrepublik. In: Hettling, Manfred, Echterkamp, Jörg (Hrsg.), *Bedingt Erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008, S. 162.

wird und ihm eine Mehrheit skeptisch gegenüber steht. Zwar gibt es durchaus eine Reihe von Intellektuellen, die die Auffassung vertreten, dass zum Schutz fundamentaler Menschenrechte letztlich auch der Einsatz militärischer Machtmittel erforderlich sein kann, und die die humanitäre militärische Intervention als polizeiliche Maßnahme einer „Weltinnenpolitik“ rechtfertigen. Ihnen steht jedoch eine vergleichsweise große Gruppe von Intellektuellen und Prominenten gegenüber, die diese Einsätze prinzipiell ablehnen und glauben, dass es insbesondere den USA nicht um die Opfer von Bürgerkriegen und Menschenrechtsverletzungen, sondern um die Durchsetzung ihrer geostrategischen Interessen geht. Wenn deutsche Intellektuelle in den vergangenen beiden Jahrzehnten hinter den militärischen Interventionen der NATO ein politisch-ökonomisches Kalkül ausmachten, dann war dieses Kalkül stets offensiver und nicht defensiver Natur.

In der Debatte um die Kampfeinsätze der Bundeswehr hat sich zwischen den Lagern, die die militärischen Einsätze der Bundeswehr als Ausdruck einer neuen „Weltinnenpolitik“ oder eines „humanitär bemäntelten Imperialismus“ deuten, eine dritte Gruppe angesiedelt. Sie bestreitet zwar nicht grundsätzlich, dass die militärische Intervention der Behauptung moralischer Prinzipien dient, vertritt aber zugleich die Überzeugung, dass diese Prinzipien nicht wirklich universal, sondern westlicher Provenienz seien – kein Menschheitsgesetz, sondern nur eine euroatlantische Sicht der Dinge, deren missionarische Ausbreitung über den Globus nicht mit militärischen Mitteln erzwungen werden darf.

Trotz vielfältiger Belastungen in den letzten 20 Jahren war der Dialog von Intellektuellen und Soldaten nie vollständig zum Erliegen gekommen. Neuerdings mehren sich die Anzeichen für eine Intensivierung der Gespräche. Allerdings findet der Dialog vor allem auf der Ebene der Expertenintellektuellen und den höheren Offizieren statt. Intellektuelle haben sich bisher kaum in überregionalen Zeitungen mit dem Thema Militär und Soldat auseinandergesetzt. Ein größeres Engagement wäre hilfreich, um zum einen eine sicherheitspolitische Debatte in Gang zu bringen, das Interesse an den Soldaten und ihren Aufgaben zu fördern und so ein Beispiel für „zwischenmenschliche Zuwendung“ zu geben. Soldaten müssen dazu besser die Rolle des Intellektuellen und deren kritische Distanz bzw. ihr „Störpotential“ verstehen, um dies als Form des Interesses und der Zuwendung zu begreifen.

Es gibt eine Vielzahl von Themen, über die sich eine intellektuelle Debatte lohnen könnte. Vor allem die Diskussionen über das Ehrenmal der Bundeswehr haben Wahrnehmungsdefizite in Politik und Gesellschaft sowie Verdrängungen und Paradoxien deutlich gemacht. Im Anschluss an Klaus Naumann drängt sich beispielsweise die Frage nach dem Selbstverständnis einer Ge-

sellschaft auf, die lang und kontrovers über die Gestaltung der Neuen Wache in Berlin diskutiert, aber die Erinnerung an die eigenen und künftigen Toten der Bundeswehr einfach dem BMVg „im ressortpolitischen Alleingang“ (Klaus Naumann) überlässt. Dieses Beispiel unterstreicht auch die innere Verwobenheit der Fragen. Denn ein Ehrenmal, das nicht nur für die Soldaten, sondern auch für die Bürger ein Ort der Erinnerung und Trauer sein soll, muss Antworten auf die Frage geben, wofür der Soldat stirbt. Wie kann diese Antwort symbolisiert werden, wenn es darüber keine politische und gesellschaftliche Debatte, geschweige denn einen Konsens gibt? Und wie stehen die Intellektuellen zu den Werten, die die Legitimationsgrundlage für den Einsatz der Soldaten darstellt?

Es käme also darauf an, die vielfach ineinander verwobenen Fragen als „Angelegenheit von öffentlicher Bedeutung“ zu erkennen. Dafür müsste aber ein Resonanzboden auch auf Seiten der Bürger und auch der Soldaten vorhanden sein. Vielfach wird der Verdacht geäußert, dass es der politischen Leitung und militärischen Führung der Bundeswehr eher daran gelegen sei, einen öffentlichen Diskurs über bestimmte Entscheidungen und Projekte zu vermeiden, weil dies zumindest zu Verzögerungen in der Umsetzung führen könnte (z.B. Weißbuch, Ehrenmal der Bundeswehr) oder weil eine kontroverse sicherheitspolitische Debatte die relativ breite parlamentarische Unterstützung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr und deren noch ausreichende Unterstützung durch die Bürger gefährden könnte. Aber auch Offiziere dürfen den Primat der Politik nicht als Begründung für das Schweigen in politisch kontroversen Fragen verstehen. Sie sollten, wie schon Sten Nadolny in seinem 1964 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienenen Beitrag „Schadet Denken dem Soldaten? formuliert hat, „... sie selbst bleiben, auch wenn sie manches dazulernen“⁸⁵.

⁸⁵ In: Die Zeit vom 7. August 1964 (<http://www.zeit.de/1964/32/Schadet-Denken-dem-Soldaten>)

3. Gewerkschaften und Bundeswehr

3.1. Einleitung

In Deutschland waren Militär und Gewerkschaften über weite Phasen des 19. und 20. Jahrhunderts „Gegenkulturen“. Historiker sprechen sogar von einem „feindseligen Verhältnis“.⁸⁶ Vor allem die militärische Seite tradierte stark ideologisierte Feindbilder über die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Die Ursachen für diese konfliktreiche Beziehung sind vor allem politischer und soziologischer Natur. Das Militär als dem König bzw. Kaiser verpflichtetes Instrument und wichtigste Stütze des Machtapparates sollte auch für innenpolitische Zwecke, d.h. ggf. gegen die Arbeiterschaft, eingesetzt werden; und die Offiziere stammten vorwiegend aus dem Adel, während Gewerkschaftler dem Intellektuellen- und Arbeitermilieu nahestanden⁸⁷. Unter diesem über Jahrzehnte verfestigten konfrontativen Verhältnis litt auch die erste Demokratie auf deutschem Boden, die Weimarer Republik.⁸⁸

3.2. Das Ende der Feindschaft in den 60er Jahren

In der jungen Bundesrepublik Deutschland behielten die Gewerkschaften ihre militärkritischen Auffassungen zunächst bei. Sie beurteilten den **Aufbau neuer deutscher Streitkräfte** als Gefahr für die demokratische Entwicklung sowie als Hemmschuh für die Wiedervereinigung Deutschlands. Im Jahre 1952 fasste der dritte Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) daher den Entschluss, die deutsche Wiederbewaffnung abzulehnen.⁸⁹ Als im April 1957 18 deutsche Atomwissenschaftler das „Göttinger Manifest“ veröffentlichten, in dem sie jede Mitwirkung an der Herstellung, dem Einsatz und der Erprobung von Atomwaffen verweigerten, schloss sich der

⁸⁶ Trottenberg, Wilhelm, *Bundeswehr und Gewerkschaften (1945-1966). Ende einer hundertjährigen Feindschaft*, Münster 1995, S. 384.

⁸⁷ Berndt, Helmut, *Gewerkschaften und Bundeswehr*. In: *Wehrkunde*, XXIII. Jg. (1974), S. 20: „Eine Identifikation beider ist unmöglich, weil Zielsetzungen und Vorstellungswelt unterschiedlich sind und der Gewerkschaftler im allgemeinen aus einem anderen gesellschaftlichen Milieu stammt als der Berufsoffizier.“

⁸⁸ Wette, Wolfram, *Gewerkschaften und Bundeswehr – ein schwieriges Verhältnis*. Abrufbar unter: (<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2002/2002-02-a-090.pdf>) (Stand: 05.10.2009).

⁸⁹ Im Einzelnen siehe Götz, Christian, *Gewerkschaften und Bundeswehr*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 10/1965, S. 592-599.

DGB-Bundesvorstand dieser Initiative an. In der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ übernahmen die Gewerkschaften sogar eine tragende Rolle.⁹⁰

In den 60er Jahren wurde das Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr auf eine **neue Grundlage** gestellt. In seiner Dissertation aus dem Jahre 1995 markiert Wilhelm Trottenberg das Ende des traditionell feindseligen Verhältnisses von Gewerkschaften und Militär auf das 1966⁹¹. Dies ist das Jahr, in dem der damalige Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, den „Gewerkschaftserlass“ unterzeichnete, der es der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ermöglichte, auch innerhalb von militärischen Einrichtungen tätig zu werden.⁹²

Wie war dieser radikale Wandel von Konfrontation und Feindschaft zu Annäherung und Zusammenarbeit möglich? Zwei Faktoren könnten dafür ausschlaggebend gewesen sein: Trotz der Ablehnung der Wiederbewaffnung Deutschlands akzeptierten die Gewerkschaften die politische Entscheidung für den Aufbau neuer deutscher Streitkräfte. Trottenberg schreibt dazu: „Für die Gewerkschaften stand zweifelsfrei fest, dass die neuen Streitkräfte im Interesse von Staat und Gesellschaft nicht ins Abseits gedrängt werden durften.“⁹³ Dementsprechend engagierten sich die Gewerkschaften bei der Ausgestaltung der Wehrgesetzgebung⁹⁴ sowie im 1956 gegründeten Beirat für Fragen der Inneren Führung, einem Beratungsgremium für den Bundesminister der Verteidigung.⁹⁵ Darüber hinaus forderten die vom DGB-Bundesvorstand am 15. April 1958 beschlossenen „Richtlinien betr. Bundeswehr und Mitgliedschaft in den Gewerkschaften“ eine Intensivierung der Kontakte zum Verteidigungsministerium.⁹⁶ Zum zweiten diente das **Reformkonzept der Inneren Führung**, das den Soldaten grundsätzlich die gleichen Rechte wie jedem anderen Staatsbürger zusicherte, als Brücke zur Annäherung zwischen Streitkräften und Gewerkschaften. So

⁹⁰ Schulte, Dieter, Friedenspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht. In: Wissenschaft & Frieden, 2/1995 (<http://www.uni-ms.de/PeaCon/wuf/wf-95/9522001m.htm>) (Stand: 05.10.2009); Wette, a.a.O., S. 94.

⁹¹ Trottenberg, a.a.O.

⁹² Siehe Wette, a.a.O., S. 95.

⁹³ Trottenberg, a.a.O., S. 385. Siehe auch Schaaf, Peter, Demokratie, Streitkräfte, Gewerkschaften. Ein Anstoß. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2002, H. 2-3, S. 65.

⁹⁴ Wette, a.a.O., S. 93.

⁹⁵ Zum Beirat Innere Führung siehe Pommerin, Reiner, Bischof, Gerd Jürgen (Hrsg.), Einsatz für den Soldaten. Die Arbeit des 10. Beirats für Fragen der Inneren Führung, Baden-Baden 2003.

⁹⁶ Götz, a.a.O., S. 599.

ermöglichte die Innere Führung die Gründung des Deutschen Bundesverbandes (DBwV)⁹⁷, der – obwohl bewusst als Berufsverband und nicht als Gewerkschaft gegründet – den Aufbau von Kooperationsbeziehungen ermöglichte. Damit waren früh erste institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften geschaffen. Zudem war es dem Soldaten grundsätzlich freigestellt, Mitglied in Gewerkschaften zu werden. Es dauerte allerdings noch bis 1964, dass Soldaten mit Gewerkschaftsvertretern der ÖTV die Fachgruppe Soldaten gründeten.⁹⁸ Im Erlass „Koalitionsrecht“ vom 9. Mai 1967 wurde – trotz bundeswehrinterner Kontroversen, die zum Rücktritt von Generalen⁹⁹ führte – den Soldaten die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ausdrücklich erlaubt. Die Weitergabe von Informationen und die Durchführung gewerkschaftlicher Versammlungen innerhalb von Kasernen wurden allerdings erst 1971 durch Entscheidung des damaligen Bundesministers der Verteidigung, Helmut Schmidt, offiziell ermöglicht.

Auch das durch die Innere Führung auf eine neue Grundlage gestellte **Traditionsverständnis** der Bundeswehr bot sich als ein Feld für die Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen an. Dies kommt beispielsweise in der Rede von Waldemar Reuter, Bundesvorstandsmitglied des DGB, am 20. Juli 1965 deutlich zum Ausdruck: „Es gibt im heutigen Staat zwei potenziell gleich starke Kräfte, die Bundeswehr und die Gewerkschaftsbewegung. Sorgen wir dafür, dass sie nicht in Gegensatz zueinander gebracht werden, wie er für die Weimarer Zeit typisch war. Sorgen wir im Sinne des Vermächtnisses der Toten des 20. Juli 1944 dafür, dass Bundeswehr und Gewerkschaften im demokratischen Staat ihre gemeinsamen Aufgaben erkennen und erfüllen. Beide haben sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu festigen und zu verteidigen, die einen nach innen, die anderen nach außen.“¹⁰⁰

In der Rückschau aus dem Jahre 2001 kam auch der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte zu dem Schluss: „Erst in den sechziger Jahren fanden Gewerkschaften und Bundeswehr zu wechselseitiger Akzeptanz und einem geregelten Miteinander. Der Deutsche Gewerkschaftsbund akzep-

⁹⁷ Der DBwV wurde bereits im Jahre 1955 gegründet. Siehe dazu: Deutscher Bundeswehrverband (Hrsg.), 50 Jahre Deutscher Bundeswehrverband, Berlin 2005.

⁹⁸ Bernd, a.a.O., S. 20; siehe auch Wette, a.a.O., S. 94f. Im Jahr 1970 war rund jeder zweite Berufs- und Zeitsoldat Mitglied im DBwV (rund 130.000), allerdings nur 2.000 in der ÖTV.

⁹⁹ Wette, a.a.O., S. 95.

¹⁰⁰ Reuter, Waldemar, Bundeswehr und Gewerkschaften – Stützen des demokratischen Staates. In: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (http://www.20-juli-44.de/pdf/1965_reuterw.pdf) (Stand: 05.10.2009), S. 5f.

tierte die Rolle der Bundeswehr in der militärischen Landesverteidigung und bezeugte den Soldaten Respekt für ihren Dienst.“¹⁰¹

Dieser Pfad hin zu Annäherung, Kooperation und Anerkennung wurde unter der sozialdemokratisch-liberalen Regierung ab 1969 weiter ausgebaut. Der damalige Bundesminister der Verteidigung, **Helmut Schmidt**, hatte bereits früh gefordert, die Gewerkschafter sollten sich um die Soldaten kümmern, die Aufgabe der Bundeswehr als eine notwendige gesellschaftliche Funktion anerkennen und die Soldaten der Bundeswehr nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch aufnehmen.¹⁰² Die politische Zielsetzung, so schreibt Helmut Bernd in der Rückschau, war offensichtlich: „Der Graben zwischen Arbeiterschaft und Streitmacht, der lange Zeit in der deutschen Geschichte bestanden hatte, sollte zugeschüttet werden. Es ging um eine möglichst breite Basis der Bundeswehr, um ihre Einbettung in die Gesellschaft.“¹⁰³

Die durch die Innere Führung gebildete Brücke wurde sowohl von Politik und Militär als auch von den Gewerkschaften symbolkräftig beschriftet. Es war ein wichtiges politisches Signal, dass im Jahr 1972 mit **Georg Leber** ein langjähriger Gewerkschaftsvorsitzender¹⁰⁴ zu Helmut Schmidts Nachfolger als Bundesminister der Verteidigung ausgewählt wurde. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter war schließlich der erste Gewerkschaftsführer, der einen Truppenteil der Bundeswehr besuchte. Am 30.06.1976 hielt er eine Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, in der er sagte. „Wenn hier und da noch Missverständnisse auftauchen, so beruhen sie auf mangelnder gegenseitiger Information und nicht auf prinzipieller Gegnerschaft.“ Er unterstrich, dass die Arbeitnehmer einen Anspruch darauf hätten zu erfahren, wie die Gewerkschaft es mit der Bundeswehr hält. Er schloss seine Rede mit den Worten: „Ich wäre froh, wenn diese Begegnungen in der Zukunft zum Normalfall und wir so miteinander sprechen würden, wie wir dies mit Parteien, Kirchen und Verbänden bereits tun.“¹⁰⁵

¹⁰¹ Schulte, a.a.O., S. 4.

¹⁰² Schmidt, Helmut, Beiträge, Stuttgart 1967, S. 405-411 (gekürzt abgedruckt in Militärpolitik Dokumentation, Heft 23/24: Gewerkschaften und Bundeswehr, S. 34-36).

¹⁰³ Bernd, a.a.O., S. 22.

¹⁰⁴ Georg Leber war von 1957 bis 1966 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden. Von 1972 bis 1978 war er Bundesminister der Verteidigung.

(http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4k3cQ8BSYGZbub6kTAXX4_83FT9oJRUFw_9AP2C3IhyR0dFRQCJejWO/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUMvNEIVRS82X0RfNEIT) (Stand: 07.10.2009).

¹⁰⁵ „Organisierte Arbeitnehmerschaft und bewaffnete Macht.“ Referat des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinz O. Vetter vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 30.06.1976. In: Militärpolitik Dokumentation, Heft 23/24: Gewerkschaften und Bundeswehr, S. 25. Wenig

Auch aktive Generale der Bundeswehr bewegten sich auf die Gewerkschaften zu. Der Militärreformer Generalleutnant Wolf von Baudissin wurde 1967 Mitglied in der ÖTV.¹⁰⁶ In Anlehnung an eine Aussage, die der Gewerkschaftler Hans Böckler auf dem Gründungskongress des DGB 1949 machte („Wenn dieser Staat wieder in Gefahr kommt, werden wir für ihn auf die Barrikaden gehen“), sprach 1977 der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Zimmermann, zu Eugen Loderer, dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall: „Wenn Sie jemals auf die Barrikaden gehen müssten, dann würden Sie dort nicht alleine stehen, sondern ich würde neben Ihnen stehen“.¹⁰⁷

Wie sehr eine Annäherung von Gewerkschaften und Bundeswehr von der Politik gewünscht war, brachte der damalige Bundeskanzler **Helmut Schmidt** bei seinem Abschied von der Bundeswehr am 1. Oktober 1982 zum Ausdruck: „Ich möchte in diesem Zusammenhang meine tiefe Befriedigung darüber ausdrücken, dass Bundeswehr und Gewerkschaften Verständnis füreinander gefunden haben. (...) Zum ersten Mal seit mehr als ein hundert Jahren sind deutsche Streitkräfte völlig frei davon, ein Faktor im innenpolitischen Kräftespiel sein zu wollen. Jeder Deutsche, der geschichtlich denken kann, muss dies als einen unschätzbaren demokratischen Fortschritt bewerten.“¹⁰⁸

Das Verhältnis von Militär und Gewerkschaften wurde auch **Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung**.¹⁰⁹ Dabei wurden die Grenzen einer tieferen Zusammenarbeit herausgearbeitet. Diese bestanden darin, dass die Gewerkschaften systembedingt Interessen der Soldaten nicht so wirksam vertreten könnten wie der Deutsche Bundeswehrverband als spezifische Berufsorganisation; dass die Gewerkschaften eine gewisse „Vorrangstellung“ gegenüber den Streitkräften beanspruchten, da sie sich als Element der zivilen Kontrolle der Bundeswehr verstünden; und dass Gewerkschaften kaum Identifikationsmöglichkeiten für die Soldaten böten.¹¹⁰

später, am 23. Mai 1977, hielt Vetter eine Rede bei der Kommandeurstagung in Sindelfingen. Die Rede ist abgedruckt in Militärpolitik Dokumentation, Heft 23/24: Gewerkschaften und Bundeswehr, S. 31-33.

¹⁰⁶ Wette, a.a.O., S. 95.

¹⁰⁷ Zitiert nach Trottenberg, a.a.O.

¹⁰⁸ Bulletin vom 5. Oktober 1982, Nr. 90, S. 828f. (<http://hsb.ub.hsu-hh.de/free/544104552.pdf>) (Stand: 06.10.2009).

¹⁰⁹ Schössler, Dietmar, Der organisierte Soldat. Berufsproblematik und Interessenartikulation des Soldaten in der entfalteten Industriegesellschaft, Bonn 1968.

¹¹⁰ Schössler, a.a.O., S. 87. Siehe auch Wette, a.a.O., S. 95: Die Funktionäre des Bundeswehrverbandes verfügten über enge Verbindungen zu allen wichtigen Stellen im militärischen Apparat, fühlten sich den militärischen Interessen auf das Engste verbunden und kamen insoweit der Mentalität der Berufs- und Zeitsoldaten weit mehr entgegen als eine Gewerkschaft dies konnte und wollte.“

Im Zuge der sicherheitspolitischen Kontroversen der 80er Jahre gerieten Bundeswehr und Gewerkschaften erneut in eine Konfrontation. Die öffentlichen Auseinandersetzungen um die atomare Nachrüstung (NATO-Doppelbeschluss) sowie die Traditionspflege der Bundeswehr führten zu deutlichen Spannungen zwischen Gewerkschaften und Soldaten. Viele Gewerkschaftler ergriffen Partei für die Ziele der Friedensbewegung („Frieden schaffen ohne Waffen“) und stellten erneut die fundamentalkritische Frage nach der Demokratieverträglichkeit des Militärs, die an den Grundfesten des Selbstverständnisses der Bundeswehr als Armee in der Demokratie rüttelte. Unter den Soldaten, darauf weist der Politikwissenschaftler Wilfrid von Bredow hin, machte sich damals „eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber öffentlicher Kritik breit...“.¹¹¹

Auch innerhalb der Gewerkschaften gab es Streit über sicherheitspolitische Themen, wie Dieter Schulte am Beispiel des **NATO-Doppelbeschlusses** darstellte: „Wie die Gesellschaft stellte der Streit um den NATO-Doppelbeschluss auch die Gewerkschaften vor eine Zerreißprobe; an der ersten Großdemonstration der neu entstandenen Friedensbewegung am 10. Oktober 1991 im Bonner Hofgarten nahmen trotz eines gegenteiligen Votums des DGB-Vorstandes Tausende Gewerkschafter unter den Fahnen ihrer Organisation teil.“¹¹² Mehrfach war es dem DGB in sicherheitspolitischen Fragen nicht gelungen, einen breiten innergewerkschaftlichen Konsens zu erreichen.¹¹³

Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen unternahmen die Spitzen von Gewerkschaften und Bundeswehr 1981 erneut den **Versuch, den Dialog zu fördern**.¹¹⁴ Dazu wurde eine „Gemeinsame Erklärung des DGB und der Bundeswehr für die künftige Zusammenarbeit“ vereinbart, um „... Kontakte – soweit noch nicht geschehen - untereinander aufzunehmen, bereits bestehende zu festigen, gegenseitige Kenntnis und Achtung zu fördern und gemeinsame Interessen zu pflegen“.¹¹⁵ Eine fünf Jahre später durchgeführte Evaluierung der Auswirkungen dieser Initiative

¹¹¹ Bredow, Wilfried von, Demokratie und Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2002, H. 2-3, S. 88.

¹¹² Schulte, a.a.O., S. 5. Einen Hinweis auf kontroverse innergewerkschaftliche Diskussionen zum Krieg in Afghanistan im Jahre 2001 gibt Schmitthenner, Horst, Ein politischer Mehltau legt sich über das Land. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Gewerkschaften/stopp.html> (Stand: 05.10.2009).

¹¹³ Siehe dazu Krasemann, Peter, Vorbemerkungen des Bearbeiters. In: Militärpolitik Dokumentation, Heft 23/24: Gewerkschaften und Bundeswehr, S. 3.

¹¹⁴ Siehe Information für die Truppe 5/88. Zu den Gemeinsamkeiten in der Politischen Bildung siehe Information für die Truppe, Bundeswehr, Gewerkschaften und Politische Bildung. In: IfdT 7/80, S. 75.

¹¹⁵ Siehe dazu den Artikel „Bundeswehr und Gewerkschaften. In: Information für die Truppe, 5/1988, S. 61ff.; siehe auch Neumann, Paul, Das Ende einer unseligen Tradition. In: Sozialdemokratischer Presse-

brachte allerdings zum Vorschein, dass der Dialog nur auf höchster Ebene geführt wurde und sich auf repräsentative Kontakte beschränkte. Besonders schwach ausgeprägt wären die Kontakte der DGB-Jugend mit den Streitkräften.¹¹⁶ Das, was Helmut Schmidt 1968 als „praktische Aufnahme der Soldaten bezeichnete“, war auch knapp 20 Jahre später nicht erreicht.

3.3. Neue sicherheitspolitische Fronten

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der **Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen** sahen sich auch die Gewerkschaften aufgefordert, sicherheitspolitische Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu erarbeiten. Erneut tat sich ein tiefer Graben auf zwischen den Auffassungen der Gewerkschaften und der offiziellen Sicherheitspolitik der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Zwar bestand noch Einigkeit über die Notwendigkeit eines „weiten Sicherheitsbegriffs“, für dessen konzeptionelle Ausarbeitung die Gewerkschaften einen nicht unwichtigen Beitrag leisteten. Sie legten den Schwerpunkt dabei jedoch auf die zivile Krisenprävention und zivilgesellschaftliche Konfliktbearbeitung und -nachsorge. Vor diesem Hintergrund fallen die Stellungnahmen der Gewerkschaften zu den Einsätzen der Bundeswehr insgesamt kritisch aus.

Mit ihren Stellungnahmen zu den Kriegen und Einsätzen seit 1999 haben die Gewerkschaften die **sicherheitspolitische Debatte** in Deutschland belebt. In den Reden zum 1. Mai sowie zum sogenannten „Antikriegstag“ am 1. September haben die Gewerkschaften klar Stellung bezogen zu den Kriegen auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan. Beispielsweise begann Dieter Schulte seine Rede auf der Mai-Kundgebung des DGB am 1. Mai 1999 mit einem Appell an Serbien, den Massnmord zu beenden, und an die NATO, jede Chance zu nutzen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.¹¹⁷

Der Kosovo-Krieg 1999 erhöhte die Teilnehmerzahl bei den traditionellen Mai-Kundgebungen und schaffte den Gewerkschaften mehr Gehör. Andererseits erwarteten die Mitglieder von ihren Gewerkschaftsführern **klare Stellungnahmen**, die sich bisweilen auch gegen die Politik der da-

dienst, 36. Jg, Nr. 144 vom 3. August 1981, S. 4. (<http://library.fes.de/spdpd/1981/810803.pdf>) (Stand: 05.10.2009).

¹¹⁶ Siehe dazu den Artikel Bundeswehr und Gewerkschaften. In: Information für die Truppe, 5/1988, S. 62.

¹¹⁷ Schulte, Dieter, Rede auf der Mai-Kundgebung des DGB am 1. Mai 1999 in Dortmund (www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz.../mai-schulte.../view?) (Stand: 05.10.2009).

maligen rot-grünen Bundesregierung richteten. So hatte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall, Horst Schmitthener, den Kosovo-Krieg als „inhumane, völkerrechtswidrige und verhängnisvolle Aggression“¹¹⁸ bezeichnet. Besonders kritisiert wurde das Fehlen eines Mandats durch die Vereinten Nationen (VN). Öffentlich wurde der Verdacht geäußert, dass die NATO sich unter Führung der USA über die VN hinwegsetzten und unter dem Deckmantel der humanitären Intervention machtpolitische Interessen verfolgten.

Ähnlich kritisch äußerten sich die Gewerkschaften auch zum **Konflikt in Afghanistan**, der im September 2001 mit flächendeckenden Bombardements begann. Früh wurde eine sofortige Einstellung der Bombardierung verlangt.¹¹⁹ Afghanistan ist seitdem Dauerthema. Zuletzt hat der DGB zum Antikriegstag am 1. September 2009 folgende Erklärung abgegeben: „In Afghanistan herrscht Krieg. Die Bundeswehr ist immer tiefer in ihn verstrickt. Der Krieg ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen. Wir fordern, den Bundeswehreinsatz schnellstmöglich zu beenden und Afghanistan beim Aufbau einer nachhaltigen Zivilgesellschaft zu unterstützen.“¹²⁰

Besonders intensiv war das Engagement der Gewerkschaften gegen den **Irakkrieg** im Jahre 2003. Mahnminuten und Menschenketten setzten ein öffentliches Zeichen gegen diesen Krieg.¹²¹ Gleichzeitig forderten Gewerkschaftsführer die Politik auf, keine logistische Hilfe zu leisten und Überflugrechte zu verweigern.¹²²

¹¹⁸ Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 3.05.2009 „Bundesregierung soll eine Reformoffensive einleiten. Gewerkschafter kritisieren bei Maikundgebung rot-grünen Schlingerkurs / Protest gegen Kosovo-Krieg“, S. 8.

¹¹⁹ Presseerklärung des Vorstands der IG Metall (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Gewerkschaften/stopp.html>) (Stand: 05.10.2009).

¹²⁰ „Kriege vermeiden – Krisen bekämpfen – die Weltwirtschaft neu ordnen“. Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag, 1. September 2009 (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Antikriegstag/2009-baf-dgb.html>) (Stand: 05.10.2009).

¹²¹ Zu der 10-minütigen Aktion, die am 14. März 2003 erfolgte, siehe (<http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2003/06/text02/>) (Stand: 06.10.2009) sowie die Presseerklärung „Arbeitsunterbrechungen gegen den Krieg“ (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Gewerkschaften/egb-baf.html>) (Stand: 05.10.2009). Zu den Demonstrationen vom 10. bis 16. März 2003 siehe AG Friedensforschung an der Uni Kassel, Friedensbewegung in den Medien (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/Meldungen/2003-3b.html>) (Stand: 06.10.2009). Weitere Details gibt auch der DGB, "Gegen den Irak-Krieg: Proteste der Gewerkschaften in Europa", (<http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2003/06/text02/>) (Stand: 07.10.2009).

¹²² Zu der von Deutschland geleisteten logistischen Hilfe siehe Dieterich, Sandra, Hummel, Hartwig, Marschall, Stefan, Zusammenhänge zwischen parlamentarischer Macht in der militärischen Sicherheitspolitik und der Beteiligung am Irakkrieg 2003 in 25 europäischen Staaten, paks working paper 10, 2007.

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Konflikts mit dem Iran fasste der DGB-Kongress im Jahre 2006 den Entschluss gegen eine militärische Intervention im Iran.¹²³ Dies würde zu einer weiteren Eskalation der sicherheitspolitischen Lage in der Golfregion führen. Erneut forderte der DGB die Bundesregierung auf, sich nicht an einer militärischen Lösung – auch nicht mit logistischen Mitteln – zu beteiligen.

Seine **kritische Haltung zu den USA und zur NATO** könnte den DGB im Jahre 2007 veranlasst haben, „... vor allem die Europäische Union aufzufordern, ihre friedenspolitische Verantwortung wahrzunehmen und den Aufbau friedlicher, zivilgesellschaftlicher Strukturen in Konfliktgebieten – wie dem Irak, Afghanistan, Palästina oder dem Sudan – verstärkt zu unterstützen. Die Entsendung zusätzlicher Truppen in diese Krisenregionen ist nicht zukunftsweisend und hilft nicht weiter. Die Erfahrung zeigt: Weder in Afghanistan noch im Nahen Osten kann Frieden mit Soldaten erzwungen werden.“¹²⁴

Stellung bezogen haben die Gewerkschaften auch zum **Einsatz der Bundeswehr im Innern**¹²⁵ sowie zu einzelnen Aspekten der Transformation der Bundeswehr. So äußerte sich der DGB insgesamt kritisch zum Umbau der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz und lehnte die Einrichtung eines Generalstabs ab.¹²⁶

Neben den sicherheitspolitischen Verlautbarungen engagieren sich die Gewerkschaften, vor allem ver.di, für die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder im Zuge der **Transformation der Bundeswehr**, beispielsweise bei den Verhandlungen über Tarifverträge sowie in der Ausgestaltung der Kooperation mit der Wirtschaft. Daneben kam es aber immer wieder zu Verlautbarungen gegen die Bundeswehr und ihre Soldaten. So hatte z.B. ver.di zu einer Demonstration gegen ein

¹²³ Initiativantrag des DGB-Kongresses vom 26. Mai 2006, „Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nicht an einer militärischen Lösung zu beteiligen.“ (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/stimmen/dgb.html>) (Stand: 05.10.2009).

¹²⁴ Siehe DGB Bundesvorstand, Bereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen (http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/abisz_search?searchtype=vtext&kwd=soldaten&x=0&y=0) (Stand: 05.10.2009).

¹²⁵ Siehe dazu ÖTV-Gewerkschaftstag 2000: Den nächsten Krieg verhindern! <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Gewerkschaften/oetv-2000.html> (Stand: 05.10.2009) 2006: Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass der Bundeswehr im Innern keine Polizeiaufgaben übertragen werden und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ausschließlich durch die Polizei erfolgt.

¹²⁶ Siehe dazu ÖTV-Gewerkschaftstag 2000: Den nächsten Krieg verhindern! <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Gewerkschaften/oetv-2000.html> (Stand: 05.10.2009).

Feierliches Gelöbnis in München 2009 aufgerufen, um gegen „Faschismus, Krieg und Militarismus“ zu protestieren.¹²⁷

3.4. Zusammenfassung

Insgesamt zeigt sich, dass die überlieferte Feindschaft zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr überwunden ist. Dennoch ist heute gegenüber den 60er und frühen 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ein deutlicher Unterschied erkennbar: Die von den jeweiligen Führungspersonlichkeiten gezielt inszenierten Kontakte und Kooperationen zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr gibt es in dieser Form und Intensität nicht mehr.¹²⁸ Peter Schaaf, der im Jahre 2002 den Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“ leitete, sprach sogar von „Misstrauen“ und einer „Sprachlosigkeit“ auf beiden Seiten.¹²⁹ Der Versuch der Gewerkschaften, im Jahre 2002 einen neuen Dialog über das Verhältnis von Demokratie, Streitkräften und Gewerkschaften zu initiieren und damit zur auch aus gewerkschaftlicher Sicht geforderten sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland beizutragen, ist ohne größere Wirkung verpufft.¹³⁰

Wie ist diese Sprachlosigkeit zu erklären? Naheliegend ist der Grund, dass nur wenige Soldaten in Gewerkschaften organisiert sind. Allerdings haben sich die Gewerkschaften trotz der neuer-

¹²⁷ Jungholt, Thorsten, „Wir müssen mit den Soldaten bangen – und uns mit ihnen freuen“. Verfassungsgeschichtspräsident Hans-Jürgen Papier mahnt die Deutschen, engagierter an der Seite der Bundeswehr zu stehen. In: Die Welt vom 8. August 2009, S. 2. Ver.di distanzierte sich offiziell von dem Demonstrationsaufruf (http://bund-laender.nrw.verdi.de/fachgruppen_1/copy_of_bundeswehr/data/0335_Flugi_Bundeswehr_V3.pdf) (Stand: 16.10.2009).

¹²⁸ Hinweise auf Spitzengespräche in jüngster Zeit liegen nicht vor. Regelmäßige Treffen finden allerdings statt auf unteren Ebenen, vor allem im Rahmen der Transformation der Bundeswehr, aber auch des sicherheits- und gesellschaftspolitischen Dialogs, wie z.B. bei der Kommandeurstagung mit Offizieren der Bundeswehr, die Ver.di regelmäßig organisiert. Siehe dazu Ver.di, Bund und Länder, Ausgabe 02/2006, Kommandeurstagung mit Offizieren der Bundeswehr. (<http://bund-laender.verdi.de/++skin++print/fachgruppen/bundeswehr>) (Stand: 05.10.2009).

¹²⁹ Schaaf, a.a.O., S. 66. Zumindest war mit Hermann Lutz der ehemalige Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Mitglied in der „Weizsäcker-Kommission“ (Wehrstrukturkommission oder Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“) im Jahre 2000.

¹³⁰ Im Jahre 2002 wurde erstmalig eine Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte dem Verhältnis von Gesellschaft, Gewerkschaften und Militär gewidmet. Siehe Schaaf, a.a.O., S. 65. Zu der notwendigen sicherheitspolitischen Debatte schrieb Schaaf: „Dieses Land braucht wieder eine politische und wissenschaftlich unterfütterte Debatte, um die Aufgaben des Militärs und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Die Debatte um die Wiederaufrüstung in den 1950er-Jahren hatte eine tiefe Ernsthaftigkeit und ein erhebliches Niveau vorzuweisen, sodass man sie getrost zu den ungeschriebenen Fundamenten dieser Republik zählen darf.“ (Schaaf, a.a.O., S. 67)

dings stärkeren Hinwendung auf ihre Aufgaben in der Interessenvertretung ihrer Mitglieder¹³¹ immer auch als „gesellschaftliche Kraft“ verstanden. Wahrscheinlicher erscheint daher, dass die vielen handfesten sicherheitspolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung eine engere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr behindern. Auch die Beteiligung von Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsmitgliedern an Aktionen, die gegen die Selbstdarstellung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit gerichtet sind (beispielsweise bei Feierlichen Gelöbnissen)¹³², dürfte einem vertrauensvollen Dialog entgegen stehen.

Weiterhin scheint die Wichtigkeit und Dringlichkeit eines Dialogs mit der Bundeswehr aus Sicht der Gewerkschaften bei weitem nicht mehr so akut zu sein wie in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Damals ging es den Gewerkschaften aus ihrer Sicht vor allem darum, zu verhindern, dass die Streitkräfte erneut zu einer Gefahr für die Demokratie würden. Daraus resultierte bei den Gewerkschaften wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ein kritisches Interesse an den Streitkräften.¹³³ Nach weit verbreitetem Urteil besteht diese Gefahr einer Gefährdung der Demokratie heute nicht mehr. Bereits 1982 hatte Helmut Schmidt festgestellt, dass die Bundeswehr kein Faktor mehr im innenpolitischen Kräftespiel sei. Hinzu kommt, dass angesichts der positiven sicherheitspolitischen Lage Deutschlands nach Auflösung des Ost-West-Gegensatzes viele Bürger die Streitkräfte als nicht mehr wichtig erachten. Das Desinteresse an den Streitkräften könnte insgesamt also auf innenpolitische (abnehmende Relevanz der demokratischen Kontrollfunktion) und außenpolitische (weit entfernte Auslandseinsätze statt Landesverteidigung) Gründe zurückzuführen sein.

Zudem stehen die Führungsgremien der Gewerkschaften vor der Herausforderung, ihr Engagement als gesellschaftliche Kraft in sicherheitspolitischen Fragen nicht in eine Politisierung ihrer Mitglieder ausufern zu lassen. Dies hatte die für ihre Interessenvertretung entscheidende interne Geschlossenheit in den 80er Jahren mehrfach beeinträchtigt. Andererseits könnte die gegenwärtige mehrheitliche Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes durch die deutsche Bevölkerung die Ge-

¹³¹ Siehe dazu das Statement von Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, anlässlich der Pressekonferenz zur Mitglieder- und Finanzentwicklung der IG Metall 2008 vom 16. Januar 2009 (http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/SID-0A456501-392912B1/internet/01_16_PK_Bilanz_Statement_Wetzel_0141449.pdf) (Stand: 16.10.2009). Dort stellte er fest: „Dabei steht klar im Vordergrund: die Stärkung der IG Metall durch die Verbreitung der Mitgliederbasis durch Mitgliederorientierung, durch Beteiligungsorientierung und durch Konfliktorientierung.“

¹³² Alte Ressentiments scheinen wiedergekehrt zu sein, wenn Feierliche Gelöbnisse in die Nähe von „Faschismus und Militarismus“ gerückt werden, wie bei den Demonstrationen gegen ein Feierliches Gelöbnis in München im Jahre 2009.

¹³³ Siehe Bredow, a.a.O., S. 88.

werkschaftsführung ermutigen, diesem Trend durch offizielle Verlautbarungen zu folgen – nicht zuletzt, um die Attraktivität und Geschlossenheit ihrer Organisationen zu stärken.

In der strategischen Ausrichtung der Gewerkschaften dürften Faktoren wie „Respekt vor den Aufgaben der Soldaten“ sowie „Anerkennung ihres Dienstes für Staat und Gesellschaft“ kaum eine Rolle spielen. Zumindest finden sich in den von den Gewerkschaften verantworteten Medien dazu kaum Stellungnahmen. Ein aktives „Sich-um-die-Soldaten-kümmern“, wie es Helmut Schmidt einst von den Gewerkschaften gefordert hatte, geht derzeit nicht über die Interessenvertretung im Zuge der Transformation der Bundeswehr hinaus.

Dabei hätten die Gewerkschaften vielfältige Möglichkeiten, hier Zeichen zu setzen und meinungsbildend zu wirken. Zum einen verfügen sie über eine relativ weitverzweigte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit zahlreichen Publikationen¹³⁴. Besonders am 1. Mai und am 1. September genießen sie eine hohe öffentlich-mediale Aufmerksamkeit. Zudem sind sie landesweit organisiert; ihre Dienststellen könnten „auf Arbeitsebene“ Kontakte zu den militärischen Dienststellen herstellen. Es böten sich beispielsweise innerhalb des für die Familienbetreuung geschaffenen „Netzwerks der Hilfe“ vielfältige Möglichkeiten für die Gewerkschaften, sich mit den Soldaten und ihren Familien solidarisch zu zeigen, ohne damit ihre Kritik an der offiziellen Sicherheitspolitik auszublenden. In der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern böten sich Möglichkeiten an, Vereinbarungen für die Unterstützung beispielsweise von Familienangehörigen von Soldaten im Einsatz zu treffen (z.B. Urlaubsregelungen, Kindergarten- und Krippenplätze) oder die Teilnahme an einem Auslandseinsatz bei Einstellungen positiv zu berücksichtigen. Eine Beschränkung auf die Interessenvertretung in den Einzelfragen der Ausgestaltung der Transformation, beispielweise in der Kooperation mit der Wirtschaft und in der Ausarbeitung der Tarifverträge,¹³⁵ liegt unterhalb dessen, was die Gewerkschaften als „gesellschaftliche Kraft“ leisten könnten.

Allerdings scheint die Bundeswehr an einer Förderung des sicherheitspolitischen, über Detailfragen der Transformation hinausgehenden Dialogs mit den Gewerkschaften kaum interessiert zu sein. Theo Sommer, der in der sog. „Weizsäcker-Kommission“ mitarbeitete, kritisierte schon früh die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und warf ihr vor, dass die Transformation der Bundes-

¹³⁴ Wie z.B. die Gewerkschaftlichen Monatshefte, die von 1950 bis 2004 als Diskussionsorgan des DGB dienten.

¹³⁵ Einen Überblick bietet der „Bericht aus der Sitzung der Koordinierungsgruppe am 27. März 2009“, Ver.di, Fachbereich 6 (bund-laender.verdi.de/.../2009_04_info_koordinierungsgruppe_bmvgf.pdf_1_.pdf) (Stand: 06.10.2009).

wehr „im Rücken der Zivilgesellschaft“ verlief.¹³⁶ Es gibt Anzeichen dafür, dass die Bundeswehr es in den letzten Jahren versäumt hat, sich gesamtgesellschaftlich zu vernetzen oder, wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Schneiderhan, es einmal in einer Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr ausdrückte, „die Herzen und Köpfe der Menschen in Deutschland“ zu gewinnen. Vor allem das Kommunikationspotenzial der Gewerkschaften als nach dem ADAC mitgliederstärkste Organisation wurde bisher nicht genutzt. Kontakte auf Arbeitsebene zwischen Dienst- bzw. Geschäftsstellen bestehen kaum. Von Gewerkschaftsseite unterbreitete Angebote werden kaum wahrgenommen.

Empirische Untersuchungen über die Einstellungen von Soldaten der Bundeswehr zu den Gewerkschaften liegen nicht vor. Es ist davon auszugehen, dass Soldaten ein unverkrampftes, historisch unbelastetes Verhältnis zu den Gewerkschaften haben und ihren Appell nach mehr gesellschaftlicher Anerkennung wie selbstverständlich auch an die Gewerkschaften richten. Dies unterstreicht, dass die Innere Führung als eine Führungsphilosophie, die die Verankerung des Soldaten in der Gesellschaft sucht, bei den Soldaten der Bundeswehr fest verankert ist. Andererseits scheint das Thema „Bundeswehr und Gewerkschaften“ in der Führerausbildung kaum relevant zu sein.

¹³⁶ Sommer, Theo, Eine Reform der Bundeswehr an Haupt und Gliedern ist unumgänglich. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2002, H. 2-3, S. 75.

4. Kirchen und Bundeswehr

4.1. Einleitung

Das Versagen großer Teile der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus war eine starke Triebfeder für deren intensive Beschäftigung mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen nach 1945. Gleichzeitig erwarteten die Gläubigen eindeutige Stellungnahmen ihrer Kirchen zu den existenziellen Fragen des Schutzes von Freiheit und Frieden. Trotz eines weiterhin andauernden Mitgliederschwunds wird ihnen auch heute noch die Funktion von „moralische Agenturen“¹³⁷ zugewiesen, die Orientierung geben sollen.

4.2. Das politische Christentum 1955-1990

Die Wiederbewaffnung Deutschlands zu Beginn der 50er Jahre, die Planungen für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr in der zweiten Hälfte der 50er Jahre sowie die atomare Nachrüstung der NATO in den 80er Jahren markierten die Höhepunkte der theologisch-ethischen Debatten über Fragen der Landesverteidigung innerhalb der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland.

In der Wiederbewaffnungsdebatte erfolgte die „entscheidende Weichenstellung“ für das Selbstverständnis der **Kirchen als politische Akteure**, die sich in das politische Tagesgeschehen einmischen. So hatte die evangelische Kirche sich unter dem Motto „Wächteramt der Kirche“¹³⁸ vorgenommen, „... das politische Geschehen wachsam zu begleiten und gegen Entwicklungen Wider-

¹³⁷ Leicht, Robert, Mit Moral gegen den Terror. Die Kirchen wünschen sich Eindeutigkeit – vergeblich. In: Der Tagesspiegel vom 16.11.2001, S. 8.

¹³⁸ Das Funktion des „Wächteramts“ ist eine Folge des „Stuttgarter Schuldbekenntnisses“ vom 19. Oktober 1945. In diesem Bekenntnis wird die Erwartung ausgesprochen, dass „durch den gemeinsamen Dienst der Kirche dem Geist der Gewalt und der Vergeltung“ entgegengewirkt werde und stattdessen....“der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme“. Da das entstehende demokratische Staatswesen einen Widerstand, wie er in den Jahren 1933 – 1945 hätte geleistet werden sollen, nicht notwendig machte, wurde das „Wächteramt“ auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland fokussiert. Dabei berief man sich einerseits auf die 1946 auf der Gründungskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam getroffene Entscheidung, dass nach Gottes Willen Kriege nicht mehr sein dürfen, andererseits folgte man auch der von Gustav Heinemann gemachten Aussage, dass, weil Gott den Deutschen die Waffen aus der Hand geschlagen habe, diese sie nicht wieder aufnehmen dürfen. Diese Aussagen beeinflussten die Grundeinstellung zum Militär stark.

stand zu leisten, wenn sie mit den Einsichten christlichen Glaubens für unvereinbar gehalten wurden.“¹³⁹ Wie weit diese Wiederbelebung eines politischen Christentums in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen reichen sollte, darüber gab es durchaus konträre Auffassungen, die auf ein unterschiedliches Verständnis des Verhältnisses von Staat und Kirche hindeuteten.¹⁴⁰ Für die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) kommt der Theologe Christian Walther zu dem Urteil: „Die Formel vom Wächteramt der Kirche hat jedenfalls nicht so einend gewirkt, wie diejenigen meinten, die sie im Sinne der Weiterführung des Erbes der Bekennenden Kirche geprägt hatten.“¹⁴¹ Hierin liegt eine Ursache, weshalb die EKD sich in der Wiederbewaffnungs- und atomaren Rüstungsdebatte nicht zu einer einmütigen Ablehnung durchringen konnte und eher ein Bild der „Entscheidungslosigkeit“ bot.¹⁴² In der Rückschau stellt Walther fest, dass das politische Christentum „.... keine einheitliche Größe dar(stellt). Vielmehr zerfällt es in eine Vielzahl von Ausdrucksformen. Im Umgang der Vertreter des politischen Christentums untereinander und mit ihren Kritikern außerhalb treten zudem jene Konflikte zutage, die auch im Bereich des Politischen immer wieder anzutreffen sind.“¹⁴³

Für die **Katholische Kirche** stellt sich das Bild im Großen und Ganzen ähnlich dar.¹⁴⁴ Auch ihre Organisationen und Verbände haben die damaligen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen kontrovers diskutiert. Allerdings ist es der Katholischen Kirche besser gelungen, ihren Mitgliedern mit Hilfe von Bischofsworten und Erklärungen des Laiengremiums Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) eine grundlegende einheitliche Orientierung zu ermöglichen. Dies liegt wohl auch daran, dass „.... die friedensethische Debatte der katholischen Kirche in

¹³⁹ Walther, Christian, Politisches Christentum. Ein kontroverses Phänomen im Protestantismus, Landsberg a.L. 1996, S. 7.

¹⁴⁰ Zum theologischen Gehalt der Kontroverse, inwieweit kirchliche Stellungnahme zu politischen Fragen legitim seien (Zweireichelehre Luthers), siehe die vergleichende Darstellung in Rausch, Wolf Werner / Walther, Christian, Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950-1955, Gütersloh 1978, S. 16-19.

¹⁴¹ Walther, Politisches Christentum, a.a.O., S. 8.

¹⁴² Rausch/Walther, a.a.O., S. 19.

¹⁴³ Rausch/Walther, a.a.O., S. 15f.

¹⁴⁴ Zur Debatte über die Wiederbewaffnung und atomare Rüstung in der Katholischen Kirche siehe Justenhoven, Heinz-Gerhard, Die friedensethische Debatte im deutschen Katholizismus seit dem Ende des II. Weltkrieges. In: Katholisches Militärbischofsamt (Hrsg.), Kirche unter Soldaten. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S. 286ff.; Doering-Manteuffel, Anselm, Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955, Mainz 1981, S. 85ff. Zu den Meinungsunterschieden zwischen ZdK und den der Friedensbewegung nahestehenden Verbänden wie Pax Christi oder Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) siehe Justenhoven, a.a.O., S. 298ff.

Deutschland sich an den Vorgaben der römischen Friedenslehre orientiert, sei es rezeptiv, weiterführend oder kritisierend.¹⁴⁵ Entscheidende Bedeutung kam dabei dem Zweiten Vatikanischen Konzil von 1965 zu, das eine fundamentale ethische Legitimation des soldatischen Dienstes liefert, indem er sein Handeln auf den Weltfrieden und nicht auf nationale Interessen seines jeweiligen Staates ausrichtet: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“.¹⁴⁶

Das politische Christentum drang damit in einen Bereich vor, der mit theologisch-ethischen Kategorien allein nicht vollständig erfasst werden konnte. Zudem zeigte sich, dass die Debatten die friedensethische Perspektive auf die Zustimmung oder Ablehnung der Friedenssicherung auch mit Waffen verkürzte. Nagel und Oberhem stellen dazu für die katholische Kirche fest: „Trotz verbaler Bekundungen zur Wichtigkeit der Friedensförderung zentriert sich die Debatte zustimmend oder ablehnend um Militaria. Bejahung oder Verneinung des Bundeswehrdienstes scheinen die entscheidenden Fragen der Friedensethik zu sein.“¹⁴⁷ Daraus folgte eine bis heute andauernde Ambivalenz: Einerseits die, wenn auch uneinheitliche, aber gleichwohl massiv vor allem aus dem christlichen Pazifismus vorgetragene Kritik an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesregierungen, die später mit einer Höherbewertung der Kriegsdienstverweigerung gegenüber dem Wehrdienst einherging; und andererseits die aktive kirchliche Unterstützung der Soldaten der Bundeswehr im Rahmen des 1957 geschlossenen Militärseelsorgevertrags.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Justenhoven, a.a.O., S. 285.

¹⁴⁶ II. Vatikanisches Konzil „Gaudium et Spes“ (http://www.kathpedia.com/index.php/Zweites_Vatikanisches_Konzil) (Stand: 30.10.2009). Siehe dazu Justenhoven, a.a.O., S. 296.

¹⁴⁷ Nagel, Ernst-Josef, Oberhem, Harald, Dem Frieden verpflichtet. Konzeptionen und Entwicklungen der katholischen Friedensethik seit dem Zweiten Weltkrieg, Mainz 1982, S. 136.

¹⁴⁸ Zum Militärseelsorgevertrag siehe die einschlägigen Artikel in der Publikation Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006. Neben bekannten Theologen, die eine Wiederbewaffnung ablehnten (wie etwa Martin Niemöller), gab es auch Geistliche, die früh die Kooperation mit dem Amt Blank suchten, um bei der Ausgestaltung des Reformkonzepts der Inneren Führung und dem Aufbau der Militärseelsorge mitzuwirken. So arbeitete der damalige Superintendent Hermann Kunst eng mit dem Militärreformer Wolf Graf von Baudissin zusammen; er wurde dann auch der erste Militärbischof der EKD. Zu Hermann Kunst siehe Krug, Peter, Seelsorger und Diplomat. In: Bundeswehr aktuell, 29. Januar 2009, S. 6. Zu Joseph Kardinal Wendel, dem ersten Katholischen Militärbischof, siehe Pfister, Peter, Im Dienst von Wahrheit und Nächstenliebe – Joseph Kardinal Wendel, Begründer der Militärseelsorge und erster Katholischer Militärbischof der Deutschen Bundeswehr. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S. 71-118.

Die politischen Kontroversen innerhalb der evangelischen Kirche waren nicht nur ressourcenintensiv, sondern führten zu **Kirchenaustritten und Abspaltungen**. Walther und Rausch sahen sogar ihre Einheit bedroht¹⁴⁹. Auch vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, warum die EKD sich oftmals nicht zu abschließenden Stellungnahmen durchringen konnte.

Zu Beginn der 80er Jahre bildete das friedenspolitische und –ethische Engagement ein wichtiges Element im **Selbstverständnis der Kirchen**. Christian Walther beschreibt es mit folgenden Worten: „Die Kirchen verstehen sich heute – gerade auch in ökumenischer Weite – als ein Faktor in den komplexen Beziehungen, die für die Förderung und Stabilität des Friedens wichtig sind.“¹⁵⁰ Sie hatten allerdings gelernt, dass im Raum des Politischen keine abschließende, einheitliche Stellungnahme möglich ist. Dementsprechend beschränkten sich vor allem die Synoden der EKD oftmals darauf, die Gesprächsbereitschaft unter kirchlichen Gruppierungen zu stärken und den Dialog von Vertretern unterschiedlicher Positionen wie Pazifisten und Soldaten zu fördern, statt Ausgrenzungen durch eindeutige politische Bewertungen vorzunehmen.

Neben der Bereitschaft der Kirchenführungen, ihren Organisationen und Verbänden Raum für kontroverse Debatten zu geben, kristallisierten sich zwei weitere **Trends** heraus: Zum einen die wissenschaftliche Behandlung friedenspolitischer und –ethischer Fragestellungen in teilweise eigens dafür eingerichteten Forschungsinstituten und Forschungsprojekten.¹⁵¹ Und zum anderen der aktiv gesuchte Dialog mit Soldaten auch außerhalb der Militärseelsorge. Als Diskussionsplattformen dienen dafür neben den offiziellen Organen¹⁵² Laienorganisationen wie z.B. der ZdK oder die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)¹⁵³, die Einladung hochrangiger Offiziere der Bun-

¹⁴⁹ Rausch/Walther, a.a.O., S. 19; siehe auch Walther, Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung, a.a.O., S. 11, 15.

¹⁵⁰ Walther, Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung, a.a.O., S. 175. Siehe dazu auch Nagel, Ernst-Josef, Oberhem, Harald, Dem Frieden verpflichtet. Konzeptionen und Entwicklungen der katholischen Friedensethik seit dem Zweiten Weltkrieg, Mainz 1982, S. 136.

¹⁵¹ Auf katholischer Seite gehört dazu das 1978 gegründete „Institut für Theologie und Frieden“ in Hamburg (<http://www.ithf.de/>) (Stand: 29.10.2009). Die Dissertation von Hans Langendörfer, Atomare Abschreckung und kirchliche Friedensethik, Mainz/München 1987, entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes „Ethische Probleme der Sicherheitspolitik“, das von der vormaligen Wissenschaftlichen Kommission des „Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden“ in Auftrag gegeben wurde.

¹⁵² Im Zentralkomitee der deutschen Katholiken sind drei Soldaten Mitglieder. (http://katholische-militaereseelsorge.de/fileadmin/kms/kompass/2009/10/kompass200910_17/index.htm) (Stand: 29.10.2009).

¹⁵³ Zur GKS siehe Koch, Friedhelm, Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten – vom Werden und Wirken einer Laienorganisation. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S. 515-528. Angesichts des drohenden Kosovo-Krieges schrieb der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten an den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, in einem Brief vom 12. März. 1999 über die ethischen Bedenken, die die GKS

deswehr zu den Beratungen bei Synoden und Konferenzen¹⁵⁴, die Einstellung von Offizieren bzw. ehemaligen Offizieren als Mitarbeiter in theologischen Forschungsinstituten sowie die Thematisierung friedenspolitischer und -ethischer Fragestellungen in den kirchlichen Bildungswerken.¹⁵⁵

4.3 Das „politische Christentum“ 1991-2009

Die früh nach der epochalen Wende von 1989/90 stattfindenden **Kriege** (Irak, Balkan) und Völkermorde (Ruanda, Kosovo) überraschten auch die Kirchen. Sie hatten sich auf ethische Fragen der Landesverteidigung konzentriert und waren wie andere Institutionen nicht vorbereitet auf die „Neuen Kriege“ (Münkler). Besonders die Genozide auf dem Balkan (Srebrenica, Kosovo) hätten, so schreibt Gerhard Arnold, die evangelische Kirche „aufgewühlt“ und bei einigen Anhängern zur Revision radikal pazifistischer Grundüberzeugungen geführt.¹⁵⁶ Die Debatten bestätigten einmal mehr, dass Fragestellungen, die in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert wurden, auch innerhalb der Kirchen nicht einheitlich beantwortet werden konnten. Vor allem in der evangelischen Kirche blieben die Stellungnahmen, wie Pausch es nennt, trotz eines breiten frie-

angesichts der Intervention ohne VN-Mandat habe. Dieser Brief ist abgedruckt in Bender/Arnold, a.a.O., S. 97-98. So nahmen beispielsweise Vertreter der Bundeswehr an der Tagung „Chancen und Grenzen militärischer und ziviler Konfliktlösung – Frieden sichern mit ungleichen Partnern?“ vom 20.-22. Oktober 2000 in Hülsa teil. Die Beiträge dieser Tagung wurden im Evangelischen Pressedienst, epd-Dokumentation Nr. 12/01, 19. März 2001 abgedruckt.

¹⁵⁴ So trug beispielsweise Brigadegeneral Dr. Wittmann auf der o.a. Konferenz (Anm. 166) zu dem Thema „Den Frieden sicherer machen – Chancen und Grenzen aus militärpolitischer Sicht“ vor. Wittmann war mehrfach zu Synoden der EKD eingeladen. General a.D. Lothar Domröse stellte die Sicherheitspolitik der Friedenssicherung auf einer Tagung der Katholischen Akademie Bayern am 3./4. Oktober 1981 dar. Siehe dazu: Domröse, Lothar, Friedenssicherung – auch durch Waffen. In: Korff, Wilhelm (Hrsg.), Den Frieden sichern, Düsseldorf 1982, S. 73-87. Eine aktive kirchenpolitische Rolle spielte auch Oberst i.G. Herwig Pickert, der u.a. Beisitzer im Präsidium der Synode war. Siehe dazu http://www.ekd.de/synode197/beschluesse_wahlen.html (Stand: 29.10.2009). Zur Funktion und Bedeutung von General Karl-Heinz Lather im ZdK siehe http://www.militaereseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLN3KPN3YxNgZJgjmGJuZ--pEI8aCUVH1vfV-P_NxU_QD9gtyIckdHRUUALmB5-g!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMkdfM0QzMw!!?yw_contentURL=%2F01DB090300000001%2FW2778H8W707INFODE%2Fcontent.jsp (Stand: 16.11.2009).

¹⁵⁵ Beispielhaft seien hier die Evangelischen Akademien in Tutzingen und Loccum angeführt. Die Akademie Loccum gehörte zu den wenigen Einrichtungen, die sich mit der Weißbuch 2006 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr beschäftigten. Siehe <http://www.loccum.de/protokoll/inhalt/inh0676.html> (Stand: 30.10.2009).

¹⁵⁶ Arnold, Gerhard, Die Evangelische Kirche und der Kosovo-Krieg. Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1999, Gütersloh 2001, S. 3; zur Stellungnahme von Pax Christi nach dem Massaker von Srebrenica 1995 siehe Justenhoven, a.a.O., S. 307).

densethischen Konsenses¹⁵⁷ „schwankend, unklar, unbestimmt“.¹⁵⁸ Auch das ernsthafte Ringen um eine Antwort z.B. auf den geplanten Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr offenbarte eine unaufhebbare Zerrissenheit.¹⁵⁹ So wurde eine Gemeinsame Erklärung der Evangelischen und Katholischen Kirche zum Afghanistan-Einsatz deutscher Soldaten vom Dietrich-Bonhoeffer-Verein und der Martin-Niemöller-Stiftung kritisiert. Sie erklärten, dass die EKD mit dem Beschluss der Synode, nicht grundsätzlich einen Militäreinsatz der Bundeswehr abzulehnen, den Befürwortern des Krieges Rückendeckung gegeben habe.¹⁶⁰ Der damalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock stellte fest: „Es geht uns nicht besser als der gesamten Gesellschaft.“¹⁶¹

Beide Kirchen waren allerdings gut aufgestellt, um in die Debatte über die **Auslandseinsätze der Bundeswehr** schnell mit substanziellen Argumenten einzugreifen. Bereits 1994 hatte der Rat der EKD in seiner Schrift „Schritte auf dem Weg des Friedens“ Kriterien für die Durchführung humanitärer Interventionen erarbeitet¹⁶², die eine wichtige Rolle in der kircheninternen Diskussion spielten¹⁶³ und noch heute wegweisend sind¹⁶⁴. In gezielter Abgrenzung zu pazifistischen Grundströmungen innerhalb der evangelischen Kirche hatte die o.a. Schrift deutlich gemacht, dass „...

¹⁵⁷ Die Evangelische Kirche geht selbst davon aus, das „... sich nach der Überwindung der Ost-West-Konfrontation ein breiter friedensethischer Konsens...“ herausgebildet hat, der in der Schrift „Schritte auf dem Weg des Friedens“ von 1994 zum Ausdruck gebracht wird. So z.B. Barth, Hermann, Zwischen der Eindeutigkeit des Gebotes Gottes und der Uneindeutigkeit des Urteils der Vernunft. – Die Kirchen und der Kosovo-Krieg. In: EPD 26a/99, S. 11.

¹⁵⁸ Pausch, Eberhard Martin, Brauchen wir eine neue Friedensethik? In: Zeitschrift für Evangelische Ethik, 45. Jg. (2001), S. 17. So kam es beispielsweise zu einem Aufruf zum „sofortigen Stopp aller Kriegshandlungen“ durch führende Geistliche der evangelischen Kirche.

¹⁵⁹ Militärbischöfe mahnen zu Besonnenheit. In: Frankfurter Rundschau vom 17.11.2002, S. 2; Drobinski, Matthias, Ein klares Zwar-Aber. Wie die Synode der evangelischen Kirche ohne Ergebnis über den Kampf gegen den Terror stritt. In: Süddeutsche Zeitung vom 10.11.2001, S. 9.

¹⁶⁰ Militärbischöfe mahnen zu Besonnenheit. In: Frankfurter Rundschau vom 17.11.2002, S. 2.

¹⁶¹ Einheitlicher waren die Mitglieder der Kirchen in Ablehnung des Irak-Kriegs. Siehe etwa Schwilk, Heimo, Der Bischof segnet keine Kanonen. Der katholische Militärbischof Walter Mixa kritisiert die Irakpolitik von US-Präsident Bush. In: Welt am Sonntag vom 15.12.2002, Nr. 50, S. 10.

¹⁶² Siehe dazu http://www.ekd.de/EKD-Texte/frieden_1994_vorwort.html (Stand: 29.10.2009).

¹⁶³ Siehe dazu die Dokumentation des Evangelischen Pressedienstes epd, Nr. 26a/99 vom 21. Juni 1999 „Europa im Krieg – die Evangelische Kirche und ihre Orientierungspunkte“.

¹⁶⁴ Die Kriterien sind: 1) Die Entscheidung über Interventionen muss nach den Regeln der Vereinten Nationen getroffen werden. 2) Die Politik muss über klar angebbare Ziele verfügen. 3) Die Erfolgsaussichten müssen nüchtern kalkuliert werden. 4) Von Anfang an muss bedacht werden, wie eine solche Intervention beendet werden kann. Siehe dazu Pausch, a.a.O., S. 23. Zur aktuellen Diskussion über Kriterien für eine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen siehe Perthes, Volker, Was zu prüfen ist. Vier Kriterienengruppen für die Entscheidung über Auslandseinsätze. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Februar 2007, S. 10; Rühl, Lothar, Unvorhersehbares vorhersehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 2007, S. 8.

der Einsatz militärischer Gewalt als ultima ratio, also nach dem Maß der ausgeübten Gewalt äußerstes Mittel...“ sein kann. „Dies schießt die Aufgabe ein, darüber zu wachen, dass der Einsatz militärischer Gewalt wirklich Grenzfall bleibt.“¹⁶⁵ Gleichzeitig unterstreicht die Schrift, dass Stellungnahmen zu den Einsätzen der Bundeswehr trotz eines Konsenses in theologischen Grundfragen und friedensethischen Positionen immer Abwägungen der politischen Vernunft seien und daher strittig bleiben könnten.

Im Jahre 2000 hat die Deutsche Bischofskonferenz das Hirtenwort „**Gerechter Friede**“ herausgegeben, in dem Erfahrungen aus den Balkankriegen verarbeitet wurden. Es gilt als „... eines der wichtigsten Schlüsseldokumente der katholischen Friedenslehre“¹⁶⁶. Deutlich bringt es deren Neuorientierung auf den „Frieden“ hin zum Ausdruck, der als „gerechter“ aufzubauen sei. Bei Vorrangigkeit politischer Krisenbewältigung wird unterstrichen, dass ungerechter Gewalt notfalls auch mit Gegengewalt entgegengetreten werden müsse. Bemerkenswert ist weiterhin, dass darin den Mitgliedern der katholischen Friedensbewegung der Dialog mit Soldaten empfohlen wird.¹⁶⁷

Am 29. November 2005 legten die katholischen deutschen Bischöfe unter dem Titel „**Soldaten als Diener des Friedens**“ eine Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr vor. Darin bewerten die Bischöfe die Herausforderungen und Perspektiven der Inneren Führung, der Führungsphilosophie der Bundeswehr. Dieses Dokument ist insofern einmalig, als die Deutschen Bischöfe damit ihre Vorstellungen über Auslandseinsätze, Multinationalität¹⁶⁸, Wehrpflicht und soldatisches Selbstverständnis darlegten und die Innere Führung als unverzichtbare Grundlage für ihr weiteres Engagement für die Bundeswehr bezeichneten.¹⁶⁹ Wichtig ist auch die darin vor-

¹⁶⁵ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Schritte auf dem Weg des Friedens, 1994, S. 11 (<http://www.ekd.de/EKD-Texte/44654.html>) (Stand: 08.11.2009).

¹⁶⁶ Ortwin Buchbender/Gerhard Arnold (Hrsg.), Kämpfen für die Menschenrechte. Der Kosovo-Konflikt im Spiegel der Friedensethik, Baden-Baden 2002, S. 71.

¹⁶⁷ Das Bischofswort „Gerechter Friede“ empfiehlt „... eine Kultur des Gesprächs zwischen katholischen Soldaten und katholischen Mitgliedern der Friedensbewegung“ (S. 181).

¹⁶⁸ Ähnlich auch die evangelische Kirche in ihrer Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007), S. 98.

¹⁶⁹ Hier gilt in besonderer Weise, was Jermer zur vergleichsweise kurzen Thematisierung der Inneren Führung im Hirtenbrief „Gerechter Friede“ angemerkt hat: „Dass Innere Führung im Hirtenwort der Bischöfe ‚Gerechter Friede‘ im Herbst 2000 erwähnt und kommentiert wird, ist mehr als bemerkenswert. Wann wurde eine Konzeption zur inneren Verfassung von Streitkräften von einer nationalen Bischofskonferenz auf diese Weise gewürdigt?“ In: Jermer, Helmut, Innere Führung als Ethik für die Bundeswehr. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S: 332. Zur intensiven Auseinandersetzung der Katholischen Jugendverbände mit der Inneren Führung siehe König 2006: 348ff.

genommene Selbstverpflichtung der katholischen Kirche, Mitverantwortung im Sinne der Inneren Führung zu tragen. „Die Kirche hat ihre Stimme in den gesellschaftlichen Diskussionen um Frieden und Sicherheit in der Vergangenheit immer wieder zu Gehör gebracht. Davon werden wir auch zukünftig nicht ablassen. Wo wir den Eindruck gewinnen, dass die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure ihrer Verantwortung für die Wahrung und Mehrung des Gemeinwohls in dieser Frage nur unzureichend nachkommen, werden wir auch weiterhin verlässliche Anwälte eines Umgangs mit und in den Streitkräften sein, der dem tiefen Ernst der Sache gerecht wird.“¹⁷⁰

Die Evangelische Kirche hat im Jahre 2007 eine neue friedensethische Denkschrift mit dem Titel **„Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“** veröffentlicht. Schon der Titel mit dem Leitbegriff des „gerechten Friedens“ unterstreicht, dass – wie auch in der katholischen Kirche – einer Wiederbelebung der Lehre vom gerechten Krieg nach Thomas von Aquin eine klare Absage erteilt wird. Trotz großer Skepsis an dem Einsatz militärischer Mittel steht die Evangelische Kirche weiterhin dazu, als äußerstes Mittel militärische Gewalt einzusetzen, wenn es darum geht, schlimmeres Unrecht zu verhindern. Dies könnte dann der Fall sein, wenn „aktuelle, schwerste Unrechtshandlungen“ geschehen, „... die die minimale Friedensfunktion einer politischen Ordnung überhaupt beseitigen und ... ganze Gruppen einer Bevölkerung an Leib und Leben bedroht und der Vernichtung preisgegeben werden.“ Damit werden Kriterien für die Legitimation bewaffneter Militäreinsätze genannt, zu denen auch das Mandat durch die Vereinten Nationen und die Einbettung in ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept gehören.

Beide Kirchen haben die politischen und militärstrategischen Entscheidungen zu den Einsätzen der Bundeswehr weiterhin kritisch begleitet. So haben sie im Jahr 2007 davor gewarnt, die Bundeswehr aufgrund ihrer Überlastung in zusätzlichen Auslandsmissionen einzusetzen und sich so zum Anwalt der Soldaten und ihrer Familien gemacht.¹⁷¹

Zusätzlich zur Ausarbeitung friedenspolitischer und –ethischer Grundsätze für die Auslandseinsätze betreten die Kirchen neues Terrain, indem sie sich als **sicherheitspolitische Akteure** bei der Friedenssicherung vor Ort in den Einsatzgebieten engagieren. Auf dem Balkan halfen die Kirchen dabei, den Dialog der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Bosnien und Herzegowina zu för-

¹⁷⁰ „Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr“ vom 29. November 2005, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, S. 18. Das Dokument ist abrufbar unter <http://www.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk1a.bischoefe/db82.pdf> (Stand: 30.10.2009)

¹⁷¹ Siehe dazu den Bericht im domradio, „Weder menschlich noch finanziell zu verantworten“. (http://www.domradio.de/includes/eactions/eactions_print.asp?ID=35207 (Stand: 22.09.2009).

dern. Sie unterstützen dort beispielsweise den Aufbau des „Interreligiösen Rats“.¹⁷² Dieser wirkte im Frühjahr 2000 mit, ein solches Gremium auch im Kosovo einzurichten.¹⁷³ Darüber hinaus leisten die Kirchen mit ihren Organisationen einen aktiven Beitrag zur Linderung der humanitären Not von Flüchtlingen in den Einsatzgebieten.¹⁷⁴

4.4. Die Militärseelsorge als Bindeglied

In bewusster Abkehr vom Modell der Feldseelsorge in der Weimarer Republik bzw. im nationalsozialistischen Deutschland wurde die Militärseelsorge in der Bundeswehr als „**Partnerschaft von Kirche und Staat**“¹⁷⁵ organisiert. Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau, die Kirche jedoch erteilt den Auftrag und übt die Aufsicht über die Militärseelsorge aus. Die Militärseelsorge ist damit der von der Kirche geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag, damit Soldaten der Bundeswehr ihre Religion frei ausüben können. Die seelsorgerische Betreuung ist seither ein Wesensmerkmal der Bundeswehr als Armee in der Demokratie und des Selbstverständnisses des Soldaten als Staatsbürger in Uniform.¹⁷⁶

Neben der seelsorgerischen Tätigkeit besteht die Arbeit der Militärpfarrer vor allem in der Durchführung des **Lebenskundlichen Unterrichts**, in dem beispielsweise Fragen der ethischen Legitimation des soldatischen Dienens diskutiert werden.¹⁷⁷ Die zahlreichen von der evangelischen

¹⁷² Informationen zum 1997 gegründeten Interreligiösen Rat sind abrufbar unter http://www.kas.de/proj/home/home/41/1/webseite_id-2356/index.html (Stand: 29.10.2009).

¹⁷³ Herbst, Anne, Versöhnungsbemühungen von Kirchen und Konfessionen im Kosovo-Konflikt. In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 49. Jg (2000), H.

¹⁷⁴ Zum Beitrag des Diakonischen Werkes der EKD im Kosovo siehe Arnold 2001, S. 58.

¹⁷⁵ Siehe dazu Springer, Klaus-Bernward, Tradition und Neuanfang der Militärseelsorge im Wirken ihres ersten Militärgeneralvikars Georg Werthmann (1898-1980). In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S: 147; Scheffler, Horst, Die evangelische Militärseelsorge. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S: 197.

¹⁷⁶ Weitere Informationen bei Greyer-Wieninger, Alice, Militärseelsorge im Wandel der sicherheitspolitischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S: 61. Die Dienstzeit der Militärpfarrer ist auf max. 12 Jahre begrenzt. Danach kehrt er in den kirchlichen Dienst zurück.

¹⁷⁷ Zum Lebenskundlichen Unterricht und seinen Zielen siehe Dirck Ackermann, Neue Wege in der ethischen Bildung in der Bundeswehr. Der Beitrag der Militärseelsorge im Rahmen des Lebenskundlichen Unterrichts. In: Hartmann, Uwe, Rosen, Claus von, Walther, Christian (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2009, S. 176-182.

und katholischen Militärseelsorge herausgegebenen Schriften bilden eine wichtige Grundlage für die ethische Urteilsbildung der Soldaten.

Mit den Auslandseinsätzen stehen auch die Militärpfarrer in mehrfacher Hinsicht vor **neuen Herausforderungen**. Hierzu gehört vor allem die Betreuung der Soldaten in den Einsatzgebieten. Schnell zeigte sich, dass auch konfessionell nicht gebundene Soldaten die Begleitung durch Militärpfarrer für unverzichtbar halten.¹⁷⁸ Geschätzt wird auch der aktive Beitrag der Militärseelsorge in der Familienbetreuung.¹⁷⁹ Heute tragen die Militärpfarrer noch stärker als früher zur Förderung der internationalen militärischen Zusammenarbeit bei. In den Einsatzgebieten stehen sie nicht selten in einem Dialog mit den örtlichen geistlichen Führern.¹⁸⁰

Für die Soldaten sind die Militärpfarrer weiterhin wichtige Gesprächspartner, wenn sie Fragen zur **Legitimation und Sinnhaftigkeit von Auslandseinsätzen** haben. Die politische Verantwortung des Christenmenschen ist ein bleibendes Thema und fordert zu ständiger Auseinandersetzung heraus – im Vorfeld eines Einsatzes, währenddessen und auch danach. Manche Soldaten spüren einen Druck aus der Mitte der Gesellschaft, sich für ihr Tun zu rechtfertigen.¹⁸¹ Vor diesem Hintergrund sieht die Kirche sich weiterhin in der Pflicht, Sinngebungsangebote für die Soldaten und ihre Militärpfarrer zu erarbeiten.

¹⁷⁸ Zur hohen Akzeptanz der Militärseelsorge bei den Soldaten der Bundeswehr siehe Bock, Martin, Die Einstellung zur Militärseelsorge in der Bevölkerung und bei Soldaten im Bosnieninsatz der Bundeswehr, (SOWI-Arbeitspapier Nr. 126), Strausberg März 2001, S. 71-86; Rauch, Andreas Martin, Beiträge zu Frieden und Sicherheit, Bundeswehr im Ausland. In: Die Neue Ordnung, 58. Jg. (2002), Nr. 2, S. 146.

¹⁷⁹ Die evangelische und katholische Militärseelsorge sind aktive Mitglieder im „Netzwerk der Hilfe“.

¹⁸⁰ Siehe etwa Bohne, Thomas, Militärseelsorge in Afghanistan. In: Kirche unter Soldaten 1956-2006. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Berlin 2006, S: 370-372. Bohne begleitete während seines Einsatzes in Afghanistan eine deutsche Patrouille. „Der Patrouillenführer stellte mich bei den Begegnungen mit den Dorfältesten und der Begegnung mit dem Mullah eines Ortes als seinen ‚christlichen Mullah‘ vor. Das fand in der Dorfbevölkerung und bei dem Mullah Akzeptanz. Die Gesprächsaufklärung der Soldaten ergab sogar, dass an einem Freitag der Mullah gepredigt hatte, den Deutschen und den deutschen Patrouillen könne man vertrauen, denn die Deutschen sind auch Gläubige, da sie sogar ihren Mullah mithaben.“ (372).

¹⁸¹ Darauf weist der Militärgeneralvikar Wakenhut hin: *„Und wenn die Soldaten nach Hause kommen, müssen sie sich für den Einsatz manchmal noch rechtfertigen“*

(http://www.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLN3KPNzQJCQJJQjnmfvqRCPGglFR9b31fj_zcVP0A_YLciHJHR0VFALEFSao!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMkdfMTRUOQ!!?yw_contentURL=%2F01DB090300000001%2FW27VBFVM265INFODE%2Fcontent.jsp) (Stand: 29.10.2009).

Die Militärseelsorge setzt sich auch für eine **stärkere gesellschaftliche Würdigung** des Dienstes der Soldaten ein. So forderte beispielsweise der Leitende Militärdekan Armin Wenzel die evangelischen Kirchengemeinden dazu auf, Soldaten als Teil der Glaubensgemeinschaft willkommen zu heißen.¹⁸² Der Katholische Militärbischof Mixa wies mehrfach darauf hin, dass der Auslandseinsatz der Soldaten zu wenig gewürdigt würde.¹⁸³ In seinem Bistum ordnete er an, dass während der Gottesdienste regelmäßig der Soldaten gedacht wird. Militärgeneralvikar Wakenhut regte kürzlich die Einführung eines Gedenktages für Soldaten an¹⁸⁴. In diesem Zusammenhang steht auch die Kritik an der Zurückhaltung der Bundeswehr und ihrer Angehörigen, die sicherheitspolitische Debatte anzustoßen oder sich daran zu beteiligen, was Militärbischof Mixa mit folgenden Worten auf den Punkt brachte: „... wer gehört werden will, muss seine Stimme erheben – und dies mit guten Argumenten.“¹⁸⁵

4.5. Zusammenfassung

Die Kirchen sind ein wichtiger Akteur in der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland. Ihre friedenspolitischen und -ethischen Stellungnahmen und Erklärungen verfügen über ein politi-

¹⁸² Jungholt, Thorsten, „Wir müssen mit den Soldaten bangen – und uns mit ihnen freuen“. Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier mahnt die Deutschen, engagierter an der Seite der Bundeswehr zu stehen. In: Die Welt vom 8. August 2009, S. 2. Die Öffnung der Kirchengemeinden für Soldaten war bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern erhoben worden. Sie zielte allerdings darauf ab, die Übernahme des Militärseelsorgevertrages zu verhindern.

¹⁸³ Siehe die Meldung unter <http://www.glaubenslust.de/nachrichten/ansicht/artikel/mixa-auslan.html> (Stand: 30.10.2009).

¹⁸⁴ Wakenhut, Walter, Kein Volkstrauertag, sondern Gedenktag!. In: Kompass 9/2009 (http://katholische-militaerseelsorge.de/fileadmin/kms/kompass/2009/09/kompass200909_07/index.htm) (Stand: 02.10.2009); domradio.de vom 7.09.2009 (http://www.domradio.de/aktuell/artikel_56408.html) (Stand: 29.10.2009);

¹⁸⁵ Mixa, Walther, Gesellschaft und Bundeswehr – Parallele Welten? Vortrag anlässlich des Truppenbesuchs am Zentrum Innere Führung in Koblenz am 11. Februar 2009 (http://www.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLN3KPNzQJ9gZJQjnmfvqRCPGglFR9X4_83FR9b_0A_YLciHJHR0VFAC_ss7w!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMkdfMTRTSw!!?yw_contentURL=%2F01DB090300000001%2FW27P8GV2164INFODE%2Fcontent.jsp) (Stand: 30.10.2009). Bischof Mixa nimmt damit eine These des Historikers Klaus Naumann auf. Siehe dazu Naumann, Klaus, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008. In ihrer Denkschrift aus dem Jahre 2007 hatte die evangelische Kirche bereits auf ein Diskussionsdefizit unter den Angehörigen der Bundeswehr hingewiesen: „Auch innerhalb der Bundeswehr werden derartige Diskussionen zu wenig geführt, obwohl diese Themen zentral für das Selbstverständnis einer »Armee im Einsatz« sind und in engem Zusammenhang mit Aspekten der Legalität und Legitimität, der Rechtssicherheit der Soldaten und ihres politischen Rückhalts bei Auslandseinsätzen stehen.“ (EKD 2007: 99)

ches und ethisches Reflexionsniveau, das sich durch theologische Tiefe, Detailkenntnis über sicherheitspolitische Akteure (VN, NATO, EU, Bundeswehr) und praktische Relevanz auszeichnet. Grundlage dafür sind die über Jahre gewachsenen Traditionen in der friedensethischen Urteilsbildung, die wissenschaftliche Fundierung theologisch-ethischer Stellungnahmen, die partnerschaftliche Kooperation mit der Bundeswehr im Rahmen der Militärseelsorge sowie die Einbindung von Soldaten in die Erarbeitung von kirchlich-offiziellen Dokumenten.

Dabei setzten sich die Kirchenführungen nicht selten in einen Gegensatz zu internen radikalpazifistischen Grundströmungen. Sie scheuten nicht die kontroverse Debatte, auch wenn am Ende nur uneinheitliche Stellungnahmen möglich waren, was vor allem bei der evangelischen Kirche häufig der Fall war. Die auf Dauer gestellte Gesprächsbereitschaft resultiert aus der Lehre vom „gerechten Frieden“, die aufgrund ihrer „qualifizierten Unabgeschlossenheit“¹⁸⁶ bzw. wegen des Friedens „als immer wieder neu zu erfüllende Aufgabe“¹⁸⁷ immer weiterentwickelt werden müsse. Dabei suchen die Kirchen den Dialog mit Politikern und Soldaten, da friedenspolitische und –ethische Stellungnahmen immer auch die Bedingungen berücksichtigen sollten, unter denen diese handeln (z.B. Zeitdruck; Informationsüberfluss oder -mangel). Insgesamt könnte festgestellt werden, dass der seit einigen Jahren von zahlreichen Institutionen und Organisationen geforderte gesamtgesellschaftliche Dialog über Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der Kirchen in exemplarischer Weise durchgeführt wird.¹⁸⁸

Für die Soldaten bieten die Kirchen einen wichtigen Kompass in friedenspolitischen und –ethischen Fragen. Die Militärseelsorge findet bei den Soldaten – auch bei den konfessionell nicht gebundenen – höchste Akzeptanz. Neben den Angeboten für die politisch-ethische Orientierung dürfte dies auch daran liegen, dass die Militärfarrer „an der Seite“ der Soldaten stehen. Die Militärfarrer sind für die Soldaten da – auch in den Einsatzgebieten und auch für die Familien zuhause. Unterstützend wirkt dabei, wenn außerhalb der Militärseelsorge stehende Theologen wie der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, die Soldaten in den Einsatzgebieten besuchen.¹⁸⁹ Militärkritische Stellungnahmen aus dem Bereich der Kirchen, wie sie früher im Zu-

¹⁸⁶ Pausch 2001: 26

¹⁸⁷ II. vatikanisches Konzil Gaudium et spes 1965: 78.

¹⁸⁸ Es erscheint insgesamt sehr glaubwürdig, wenn beispielsweise die Deutschen Bischofskonferenz während ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 1. - 4. März 2004 einen breiten sicherheitspolitischen Dialog fordert. Pressemitteilung der DBK vom 4. März 2004, Teil II, 1.

¹⁸⁹ Bischof Huber besuchte die im Kosovo eingesetzten deutschen Soldaten vom 15. – 17. Dezember 2007. Siehe http://www.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/eka/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKL

sammenhang mit Trauungen in Uniform oder pazifistischen Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht wurden, dürften heute eher im Hintergrund stehen. Gleichwohl birgt die spezifische Organisation der Militärseelsorge die Gefahr, dass Unterstützung und Akzeptanz der Soldaten aus der Verantwortung der Gesamtkirchen ausgelagert und an die Militärfarrer als „Spezialisten“ delegiert werden. Vor diesem Hintergrund sind die Appelle der Angehörigen der Militärseelsorge verständlich, dass die Kirchengemeinde die Soldaten in ihrer Mitte aufnehmen sollten.

5. Schlussbemerkungen

Es gibt **mehr** als man auf den ersten Blick vermuten würde. So könnte ein erstes Resultat der Analyse des Beitrags lauten, den Intellektuelle, Gewerkschaften und Kirchen zur sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland liefern. Die Bundeswehr und ihre Soldaten sind jedenfalls kein „Tabu“ (Cora Stephan). Auffällig ist allerdings, dass Intellektuelle und Gewerkschaften sich dann zu Wort melden, wenn der (drohende) Ausbruch eines Konfliktes ein militärisches Eingreifen erfordert. Die intellektuelle Intervention ist also nur fallbezogen; eine kontinuierliche sicherheitspolitische Debatte, die dem Aufbau einer strategischen Sicherheitskultur in Deutschland dienen und so breitere Kreise in Politik und Gesellschaft einbeziehen könnte, besteht also nicht. Zudem sind Intellektuelle, Gewerkschaftler und Kirchenmitglieder bisweilen durchaus unterschiedlicher Meinung über Fragen von Krieg und Frieden. Eine geschlossene Bekundung von Interesse und Wertschätzung für die Soldaten sollte daher nicht erwartet werden.

Allerdings fordern alle drei untersuchten gesellschaftlichen Gruppen bzw. Institutionen eine **Intensivierung der sicherheitspolitischen Debatte** in Deutschland. Neben einzelnen selbstkritischen Kommentaren über das eigene, intensivierungsbedürftige Engagement hört man häufig den Appell an die Politik, Impulse und Initiativen besser zu bündeln. Gleichzeitig werden die Soldaten, vor allem die höheren Offiziere, aufgefordert, sich stärker an der Debatte zu beteiligen, wie es schon einmal in den 80er Jahren der Fall war.

Bei dem Verweis auf die **Führungsrolle der Politik** mag unterschwellig eine Rolle spielen, dass zwischen Intellektuellen und Gewerkschaften auf der einen und dem Militär auf der anderen Seite noch historisch begründete, kulturell verfestigte Vorbehalte bestehen, die einen vertrauensvollen Dialog erschweren.

Die Kirchen sind ein positives Beispiel dafür, dass die Beteiligung von Soldaten den internen sicherheitspolitischen Diskurs befruchten könnte. Die weit verbreitete Erkenntnis, dass friedenspolitische Fragen eine permanente Gesprächsbereitschaft voraussetzen, ist eine gute Ausgangsbasis für den Dialog zwischen Intellektuellen, Gewerkschaften, Kirchen und Bundeswehr.

Das Scheitern des von den Führungspersonlichkeiten von Bundeswehr und Gewerkschaften gewollten und initiierten Dialogs verdeutlicht, dass nicht nur deren beispielhaftes Engagement, sondern auch die Durchsetzung ihres Willens innerhalb der Organisationen notwendig ist. Historisch begründete Vorbehalte, unterschiedliche sicherheitspolitische Standpunkte sowie die stär-

kere Fokussierung von Bundeswehr und Gewerkschaften auf ihre Kernaufgaben verhindern sonst ein stetiges, ebenenübergreifendes Gespräch.

Die Intensivierung und Verstetigung der sicherheitspolitischen Debatte dürfe allerdings nicht alles abdecken, was Soldaten unter „mehr gesellschaftlicher Anerkennung und Zuwendung“ verstehen. Neben eher lebenspraktischen Erwartungen, auf die weiter unten eingegangen wird, dürfte es hierbei vor allem um Fragen der gesellschaftlichen Stellung des Soldaten gehen. Wenn diese mehr gesellschaftliche Anerkennung wünschen, dann zeigt es zunächst einmal, dass die nicht zuletzt von Politik, Gewerkschaften und Kirchen gewünschte Führungskultur der Inneren Führung tatsächlich funktioniert. Die Soldaten sehen sich als **Teil der Gesellschaft** und wünschen eine feste **gesellschaftliche Verankerung**. Wenn Intellektuelle darauf hinweisen, dass Gesellschaft und Militär sich voneinander abschotteten (Wolffsohn), dass das Militär nur noch eine gesellschaftliche Marginalie sei (Nolte) und dass die negative Konnotation, die mit dem Wort ‚Krieg‘ einhergeht, auch auf die zivil-militärischen Beziehungen durchschlage, dann wirft dies grundsätzliche Fragestellungen auf, für die Intellektuelle und Gewerkschaften bisher kein Interesse zeigten.

Für die Lokalisierung des Soldaten in der Mitte der Gesellschaft müssen manche Intellektuelle, Gewerkschaftler und kirchliche Amtsträger über ihren Schatten springen. Vor ihnen liegt ein Feld, das dringend bestellt werden sollte. Vor allem die Aufarbeitung von **Rolle und Bild des Soldaten in Deutschland** könnte dazu führen, diese neu zu bestimmen und ins öffentliche Bewusstsein zu transportieren. Damit wäre der Weg frei für eine neue intellektuell-künstlerische Beschäftigung mit dem Soldaten, welche die Fokussierung auf historische Soldatentypen vor 1945 hinter sich lässt. Dazu gehört auch der kritische Umgang mit dem intellektuellen Großprojekt der Zivilgesellschaft. Solange die Zivilgesellschaft als ein Gegenmodell zu Staat und Militär gesehen wird, bestehen kaum Anknüpfungspunkte dafür, ihre Abhängigkeit von der Existenz und den Leistungen der Soldaten anzuerkennen.

Wenn Soldaten mehr gesellschaftliche Anerkennung und Zuwendung wünschen, dann denken sie dabei wohl weniger an die Intensivierung der sicherheitspolitischen Debatte als vielmehr an **neue, lebenspraktische Formen des Umgangs mit Soldaten**. Dazu gehört beispielsweise eine neue Symbolik im Umgang von Politik und Gesellschaft mit ihren Streitkräften. Soldaten spüren hier ein Defizit, wenn Öffentliche Gelöbnisse als eine der wenigen verbliebenen symbolträchtigen Veranstaltungen angesichts von Störungen oftmals nicht mehr öffentlich durchgeführt werden können. Soldaten wünschen sich klare Botschaften aus Politik, Gewerkschaften und Kirche an die Bevölkerung (z.B. Weihnachts- und Neujahrsansprachen, Veranstaltungen zum 1. Mai und

1. September, Gottesdienste, Kirchentage usw.), dass trotz konträrer sicherheitspolitischer Auffassungen die Leistungen der Soldaten Anerkennung verdienen. Aus Sicht der Soldaten wäre wohl auch eine stärkere Beschäftigung der Schriftsteller und Künstler mit der „soldatischen Seele“ und ihren ethischen Dilemmata, aber auch mit gesellschaftlichen Tabus und Verdrängungen wünschenswert.

Ein entscheidender Faktor dürfte wohl in der **Alltagskommunikation** und in der **praktischen Unterstützung der Familien der Soldaten** liegen. Studien zeigen, wie Soldatenfamilien darunter leiden, wenn sie sich für ihre Väter oder Mütter bzw. Söhne und Töchter im Einsatz rechtfertigen müssen; wie ihre Bewältigung von Trennungsgefühlen und Angst beeinträchtigt wird, wenn sie kein Verständnis und Mitgefühl bei Nachbarn oder am Arbeitsplatz erfahren.¹⁹⁰ Hier geht es um praktische Hilfe, wie sie vorbildlich von den Kirchen im Rahmen der Militärseelsorge geleistet wird. Hier geht es aber auch um Aufklärung der Menschen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, über die Belastungen der Soldaten und ihrer Familien sowie über staatsbürgerliche Solidarität, die diese von ihren Mitbürgern erhoffen.



¹⁹⁰ Siehe hierzu Gödickmeier, Silvio, Schloßmacher, Martin, Soldatenfamilien um Einsatz, Münster 2005; Tomforde, Maren, Einsatzbedingte Trennung. Erfahrungen und Bewältigungsstrategien Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Forschungsbericht 78, Strausberg November 2006.